

Bundesgesetzblatt ⁶¹⁷

Teil I

G 5702

2001

Ausgegeben zu Bonn am 27. April 2001

Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
19. 4. 2001	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2000 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2000 – BBVAnpG 2000) FNA: neu: 2032-12-24; 2032-1-11-3, 2030-2, 2032-1, 2030-25, 53-4, 301-1, 2032-1-29, 2032-23 GESTA: B048	618
19. 4. 2001	Gesetz zur Neuordnung des Gerichtsvollzieherkostenrechts (GvKostRNeuOG) FNA: neu: 362-2; 360-1, 361-1, 366-1, 367-1, 368-1, 365-1, 403-1, 454-1, 610-1-3, 360-3, 362-2, 362-1 GESTA: C075	623
19. 4. 2001	Verordnung über das Meisterprüfungsberufsbild und über die Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung im Friseur-Handwerk (Friseurmeisterverordnung – Friseur-MstrV) FNA: neu: 7110-3-144; 7110-3-38	638
19. 4. 2001	Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer/zur Berufskraftfahrerin (Berufskraftfahrer-Ausbildungsverordnung – BKV) FNA: neu: 806-21-1-283; 806-21-1-27	642
20. 4. 2001	Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 3 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung FNA: neu: 2032-12-24-1	648

Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 2000
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2000 – BBVAnpG 2000)

Vom 19. April 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

(4) Die Erhöhungssätze nach den Absätzen 1 bis 3 sind gemäß § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes um jeweils 0,2 vom Hundert vermindert.

Teil 1

Anpassung von Dienst-
und Versorgungsbezügen

Artikel 1

**Erhöhung der
Dienst- und Versorgungsbezüge**

(1) Die in den Anlagen IV, V und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 22. November 1999 (BGBl. I S. 2207) ausgewiesenen Beträge

1. der Grundgehaltssätze (Anlage IV),
2. des Familienzuschlags mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge (Anlage V),
3. der Amtszulagen sowie der allgemeinen Stellenzulagen nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B und nach Vorbemerkung Nummer 2b der Bundesbesoldungsordnung C

werden erhöht um 1,8 vom Hundert ab 1. Januar 2001 und auf dieser Grundlage um 2,2 vom Hundert ab 1. Januar 2002.

(2) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach Absatz 1 entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in Absatz 1 Nr. 3 aufgeführten Stellenzulagen.

(3) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2001 um 1,7 vom Hundert und ab 1. Januar 2002 um 2,1 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, wie auch der Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967), werden ebenfalls ab 1. Januar 2001 um 1,7 vom Hundert und ab 1. Januar 2002 um 2,1 vom Hundert erhöht.

Artikel 2

Sonstige Bezüge

(1) Die Erhöhung nach Artikel 1 gilt entsprechend für

1. die in Artikel 2 § 1 (fortgeltende landesrechtliche Vorschriften) des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezüge, die zuletzt durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1999 vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198) angepasst worden sind,
2. die Beträge der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 17 der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. Oktober 2000 (BGBl. I S. 1471) geändert worden ist,
3. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198) geändert worden ist,
4. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322); Artikel 2 Abs. 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) bleibt unberührt,
5. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
6. die Beträge der Amtszulagen nach der Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590) geändert worden ist.

(2) Die Beträge in den Anlagen VIa bis VIi des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Artikel 1 Abs. 1 bezeichneten Fassung werden um 1,53 vom Hundert ab 1. Januar

2001 und auf dieser Grundlage um 1,87 vom Hundert ab 1. Januar 2002 erhöht.

(3) Die Anwärtergrundbeträge in der Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Artikel 1 Abs. 1 bezeichneten Fassung werden um 1,8 vom Hundert ab 1. Januar 2001 und auf dieser Grundlage um 2,2 vom Hundert ab 1. Januar 2002 erhöht.

(4) Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), geändert durch die Verordnung vom 25. Oktober 2000 (BGBl. I S. 1471), wird wie folgt geändert:

1. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird der Betrag „4,82“ durch „5,40“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Beträge „20,00“ durch „22,40“, „24,25“ durch „27,16“, „30,13“ durch „33,75“, „38,81“ durch „43,47“ ersetzt.

2. In § 23 Abs. 1 wird der Betrag „1024,13“ durch „1147,03“ ersetzt.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Januar 2001 um 87,42 Deutsche Mark und auf dieser Grundlage ab 1. Januar 2002 um 89,34 Deutsche Mark, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B (Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes) bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

Artikel 3

Einmalzahlung

(1) Beamte und Soldaten in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 sowie in entsprechenden fortgeltenden Landesbesoldungsgruppen erhalten für die Monate September bis Dezember 2000 eine einmalige Zahlung in Höhe von 400 Deutsche Mark; sie vermindert sich um 100 Deutsche Mark für jeden dieser Kalendermonate, für den kein Anspruch auf Dienstbezüge besteht oder bereits aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) eine einmalige Zahlung gewährt worden ist.

(2) Werden Dienstbezüge anteilig gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung. Die §§ 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

(3) Maßgebend für die Bestimmung des anspruchsberechtigten Personenkreises nach Absatz 1 und für Absatz 2 sind die Verhältnisse am 1. September 2000. Soweit an diesem Tag kein Anspruch auf Dienstbezüge bestanden hat, ist maßgebend der erste Tag mit Anspruch auf Dienstbezüge im Zeitraum nach Absatz 1. Der Anspruch auf die einmalige Zahlung richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Dienstbezüge an dem Stichtag zu zahlen hat.

(4) Treten nach der Zahlung Umstände ein, die zu einer Verminderung nach Absatz 1 führen, ist der nicht zustehende Teilbetrag zurückzuzahlen. Die einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen

vor dem 1. Dezember 2000 auf Antrag oder aus seinem Verschulden innerhalb des Zeitraums nach Absatz 1 aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) ausscheidet.

(5) Die einmalige Zahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungsleistungen unberücksichtigt. Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Bei der Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften im Vollzug versorgungsrechtlicher Vorschriften bleibt die einmalige Zahlung unberücksichtigt.

(6) Im Sinne des Absatzes 5 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im Einzelnen nicht übereinstimmen. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.

Artikel 4

Berechnungs- und Anpassungsvorschriften

(1) Bei der Berechnung der Erhöhungen nach den Artikeln 1 und 2 sowie den Berechnungen nach Artikel 3 sind sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden. Abweichend von Satz 1 sind bei den Erhöhungen nach Artikel 2 Abs. 2 sich ergebende Bruchteile einer Deutschen Mark entsprechend auf volle Deutsche Mark auf- oder abzurunden.

(2) Für die Umstellung der Deutschen Mark auf die Währungseinheit Euro am 1. Januar 2002 gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Die Beträge der Stufe 1 des Familienzuschlags oder der diesem Bezügebestandteil entsprechende Betrag sind auf den nächsten Cent aufzurunden, soweit der ermittelte Betrag nicht durch zwei teilbar ist.

(3) Das Bundesministerium des Innern macht die sich nach Artikel 1 und Artikel 2 Abs. 2 und 3 ergebenden Anlagen des Bundesbesoldungsgesetzes im Bundesgesetzblatt bekannt.

Teil 2

Änderung sonstiger Vorschriften

Artikel 5

Änderung des Bundesbeamtengesetzes

§ 72b Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 675), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(1) Beamten mit Dienstbezügen kann auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss, Teilzeitbeschäftigung als Altersteilzeit mit der Hälfte der bisherigen Arbeitszeit, höchstens der Hälfte der in den letzten zwei Jahren vor Beginn der Alters-

teilzeit durchschnittlich zu leistenden Arbeitszeit, bewilligt werden, wenn

1. sie das 55. Lebensjahr vollendet haben,
2. sie in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit drei Jahre mindestens teilzeitbeschäftigt waren,
3. die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 beginnt und
4. dringende dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

Altersteilzeit mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit kann nur bewilligt werden, wenn die Zeiten der Freistellung von der Arbeit in der Weise zusammengefasst werden, dass der Beamte zuvor mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit, im Fall des § 72a Abs. 5 oder des § 1 Abs. 3 Satz 1 der Elternzeitverordnung mindestens im Umfang der bisherigen Teilzeitbeschäftigung, Dienst leistet; dabei bleiben geringfügige Unterschreitungen des notwendigen Umfangs der Arbeitszeit außer Betracht.“

Artikel 6

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1786) sowie durch Artikel 5a des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1971), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bei Altersteilzeit nach § 72b des Bundesbeamtengesetzes oder nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften sowie nach entsprechenden Bestimmungen für Richter die Gewährung eines nichtruhegehaltfähigen Zuschlags zur Besoldung zu regeln. Zuschlag und Besoldung dürfen zusammen 83 vom Hundert der Nettobesoldung nicht überschreiten, die nach der bisherigen Arbeitszeit, die für die Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist, zustehen würde; § 72a ist zu berücksichtigen. Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Altersteilzeit ist ein Ausgleich zu regeln, soweit ein solcher nicht landesrechtlich geregelt ist.“

2. In § 73 Satz 1 wird die Zahl „2002“ durch die Zahl „2005“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1786), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht; Zeiten einer Altersteilzeit nach § 72b des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendem Landesrecht sowie

nach entsprechenden Bestimmungen für Richter sind zu neun Zehnteln der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist.“

2. In § 107a Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „2002“ durch die Zahl „2005“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

In § 92a Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1999 (BGBl. I S. 882, 1491), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1815) geändert worden ist, wird die Zahl „2002“ durch die Zahl „2005“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung des Deutschen Richtergesetzes

§ 76e Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(1) Durch Gesetz kann bestimmt werden, dass einem Richter auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss, Teilzeitbeschäftigung als Altersteilzeit mit der Hälfte des bisherigen Dienstes, höchstens der Hälfte des in den letzten zwei Jahren vor Beginn der Altersteilzeit regelmäßigen Dienstes zu bewilligen ist, wenn

1. das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Altersteilzeit zulässt,
2. der Richter das 55. Lebensjahr vollendet hat,
3. er in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit drei Jahre mindestens teilzeitbeschäftigt war,
4. die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 beginnt und
5. zwingende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

Ein Antrag auf Altersteilzeit mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Dienstzeit ist nur zulässig, wenn die Zeiten der Freistellung vom Dienst in der Weise zusammengefasst werden, dass der Richter zuvor Dienst mit mindestens der Hälfte des regelmäßigen Dienstes leistet; dabei bleiben Teilzeitbeschäftigungen mit geringfügig verringerter Dienstzeit außer Betracht. Eine Regelung nach Satz 1 kann auf bestimmte Bereiche beschränkt werden.“

Artikel 10

Änderung der Altersteilzeitzuschlagsverordnung

Die Altersteilzeitzuschlagsverordnung vom 21. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3191) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Zuschlag wird gewährt in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Nettobesoldung, die sich aus dem Umfang der Teilzeit-

beschäftigung ergibt, und 83 vom Hundert der Nettobesoldung, die nach der bisherigen Arbeitszeit, die für die Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist, bei Beamten mit begrenzter Dienstfähigkeit (§ 42a des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendes Landesrecht) unter Berücksichtigung des § 72a des Bundesbesoldungsgesetzes, zustehen würde.“

bb) In Satz 2 werden das Wort „Nettodienstbezüge“ durch das Wort „Nettobesoldung“ und die Wörter „sind die Bruttodienstbezüge“ durch die Wörter „ist die Bruttobesoldung“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden das Wort „Bruttodienstbezüge“ durch die Wörter „Brutto- und Nettobesoldung“ und das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt sowie nach dem Wort „zustehen“ ein Komma und die Wörter „sowie die jährliche Sonderzuwendung und das jährliche Urlaubsgeld“ eingefügt.

2. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Ausgleich bei vorzeitiger
Beendigung der Altersteilzeit

Wenn die Altersteilzeit mit ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit (Blockmodell) vorzeitig endet und die insgesamt gezahlten Altersteilzeitbezüge geringer sind als die Besoldung, die nach der tatsächlichen Beschäftigung ohne Altersteilzeit zugestanden hätte, ist ein Ausgleich in Höhe des Unterschiedsbetrages zu gewähren. Dabei bleiben Zeiten ohne Dienstleistung in der Arbeitsphase, soweit sie insgesamt sechs Monate überschreiten, unberücksichtigt. Abweichendes Landesrecht bleibt unberührt.“

Artikel 11

**Änderung der Zweiten
Besoldungs-Übergangsverordnung**

Die Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Halbsatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Für Beamte, Richter und Soldaten, die von ihrer erstmaligen Ernennung an im Beitrittsgebiet verwendet werden, betragen die Dienstbezüge (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes)

ab 1. August 2000	87	vom Hundert,
ab 1. Januar 2001	88,5	vom Hundert,
ab 1. Januar 2002	90	vom Hundert

der für das bisherige Bundesgebiet jeweils geltenden Dienstbezüge;“.

2. In § 14 Abs. 3 wird die Zahl „2002“ durch die Zahl „2005“ ersetzt.

Teil 3

Übergangs- und Schlussvorschriften

Artikel 12

Bekanntmachungserlaubnisse

(1) Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut der durch Artikel 10 und 11 geänderten Verordnungen in der nach Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

(2) Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften, die durch Verordnung (EG) Nr. 1103/97 des Rates vom 17. Juni 1997 über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro (ABl. EG Nr. L 162 S. 1), Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro (ABl. EG Nr. L 139 S.1) und Verordnung (EG) Nr. 2866/98 des Rates vom 31. Dezember 1998 über die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen (ABl. EG Nr. L 359 S. 1), geändert werden, in der am 1. Januar 2002 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 13

**Rückkehr zum
einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 6, Abs. 4 sowie Artikel 10 und 11 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Artikel 6 Nr. 1, soweit ein Ausgleich für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Altersteilzeit geregelt wird, und Artikel 10 Nr. 2 treten mit Wirkung vom 1. September 1998 in Kraft.

(2) Die Artikel 5, 6 Nr. 1, Artikel 7 Nr. 1, Artikel 9 und 10 Nr. 1 treten mit Wirkung vom 1. Juli 2000 in Kraft.

(3) Artikel 11 Nr. 1 tritt mit Wirkung vom 1. August 2000 und Artikel 3 mit Wirkung vom 1. September 2000 in Kraft.

(4) Im Übrigen tritt dieses Gesetz mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. April 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Gesetz zur Neuordnung des Gerichtsvollzieherkostenrechts (GvKostRNeuOG)

Vom 19. April 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (Gerichtsvollzieherkostengesetz – GvKostG)

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Kostenfreiheit
- § 3 Auftrag
- § 4 Vorschuss
- § 5 Zuständigkeit für den Kostenansatz, Erinnerung, Beschwerde
- § 6 Nachforderung
- § 7 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung
- § 8 Verjährung
- § 9 Höhe der Kosten

Abschnitt 2

Gebührevorschriften

- § 10 Abgeltungsbereich der Gebühren
- § 11 Tätigkeit zur Nachtzeit, an Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen
- § 12 Siegelungen, Vermögensverzeichnisse, Proteste und ähnliche Geschäfte

Abschnitt 3

Kostenzahlung

- § 13 Kostenschuldner
- § 14 Fälligkeit
- § 15 Entnahmerecht
- § 16 Verteilung der Verwertungskosten
- § 17 Verteilung der Auslagen bei der Durchführung mehrerer Aufträge

Abschnitt 4

Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 18 Übergangsvorschrift
- § 19 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes
- § 20 In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet anzuwendende Maßgaben

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

(1) Für die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers, für die er nach Bundes- oder Landesrecht sachlich zuständig ist, werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nur nach diesem Gesetz erhoben.

(2) Landesrechtliche Vorschriften über die Kosten der Vollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren bleiben unberührt.

§ 2

Kostenfreiheit

(1) Von der Zahlung der Kosten sind befreit der Bund, die Länder und die nach dem Haushaltsplan des Bundes oder eines Landes für Rechnung des Bundes oder eines Landes verwalteten öffentlichen Körperschaften oder Anstalten, bei einer Zwangsvollstreckung nach § 885 der Zivilprozessordnung wegen der Auslagen jedoch nur, soweit diese einen Betrag von 10 000 Deutsche Mark nicht übersteigen. Bei der Vollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen ist maßgebend, wer ohne Berücksichtigung des § 252 der Abgabenordnung oder entsprechender Vorschriften Gläubiger der Forderung ist.

(2) Bei der Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes sind die Träger der Sozialhilfe, bei der Durchführung des Achten Buchs Sozialgesetzbuch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe und bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben nach dem Bundesversorgungsgesetz die Träger der Kriegsopferfürsorge von den Gebühren befreit. Sonstige Vorschriften, die eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewähren, gelten für Gerichtsvollzieherkosten nur insoweit, als sie ausdrücklich auch diese Kosten umfassen.

(3) Landesrechtliche Vorschriften, die in weiteren Fällen eine sachliche oder persönliche Befreiung von Gerichtsvollzieherkosten gewähren, bleiben unberührt.

(4) Die Befreiung von der Zahlung der Kosten oder der Gebühren steht der Entnahme der Kosten aus dem Erlös (§ 15) nicht entgegen.

§ 3

Auftrag

(1) Der Auftrag ist auf die Erledigung einer oder mehrerer Amtshandlungen gerichtet. Werden bei der Durchführung eines Auftrags mehrere Amtshandlungen durch verschiedene Gerichtsvollzieher erledigt, die ihren Amtssitz in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken haben, gilt die Tätigkeit jedes Gerichtsvollziehers als Durchführung eines besonderen Auftrags.

(2) Es handelt sich um denselben Auftrag, wenn der Gerichtsvollzieher gleichzeitig beauftragt wird,

1. einen Vollstreckungstitel zuzustellen und hieraus gegen den Zustellungsempfänger zu vollstrecken oder
2. denselben Vollstreckungstitel an Gesamtschuldner zuzustellen oder
3. mehrere Vollstreckungshandlungen aufgrund desselben Titels gegen denselben Vollstreckungsschuldner oder Vollstreckungshandlungen gegen Gesamtschuldner auszuführen; dies gilt auch, wenn der Auftrag zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung mit einem Vollstreckungsauftrag verbunden ist (§ 900 Abs. 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung).

Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(3) Ein Auftrag ist erteilt, wenn er dem Gerichtsvollzieher oder der Geschäftsstelle des Gerichts, deren Vermittlung oder Mitwirkung in Anspruch genommen wird, zugegangen ist. Wird der Auftrag zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung mit einem Vollstreckungsauftrag verbunden (§ 900 Abs. 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung), gilt der Auftrag zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung als

erteilt, sobald die Voraussetzungen nach § 807 Abs. 1 der Zivilprozessordnung vorliegen.

(4) Ein Auftrag gilt als durchgeführt, wenn er zurückgenommen worden ist oder seiner Durchführung oder weiteren Durchführung Hinderungsgründe entgegenstehen. Dies gilt nicht, wenn der Auftraggeber zur Fortführung des Auftrags eine richterliche Anordnung nach § 758a der Zivilprozessordnung beibringen muss und diese Anordnung dem Gerichtsvollzieher innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten zugeht, der mit dem ersten Tag des auf die Absendung einer entsprechenden Anforderung an den Auftraggeber folgenden Kalendermonats beginnt. Der Zurücknahme steht es gleich, wenn der Gerichtsvollzieher dem Auftraggeber mitteilt, dass er den Auftrag als zurückgenommen betrachtet, weil damit zu rechnen ist, die Zwangsvollstreckung werde fruchtlos verlaufen, und wenn der Auftraggeber nicht bis zum Ablauf des auf die Absendung der Mitteilung folgenden Kalendermonats widerspricht. Der Zurücknahme steht es auch gleich, wenn im Falle des § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der geforderte Vorschuss nicht bis zum Ablauf des auf die Absendung der Vorschussanforderung folgenden Kalendermonats beim Gerichtsvollzieher eingegangen ist.

§ 4

Vorschuss

(1) Der Auftraggeber ist zur Zahlung eines Vorschusses verpflichtet, der die voraussichtlich entstehenden Kosten deckt. Die Durchführung des Auftrags kann von der Zahlung des Vorschusses abhängig gemacht werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Auftrag vom Gericht erteilt wird oder dem Auftraggeber Prozesskostenhilfe bewilligt ist. Sie gelten ferner nicht für die Erhebung von Gebührenvorschüssen, wenn aus einer Entscheidung eines Gerichts für Arbeitssachen oder aus einem vor diesem Gericht abgeschlossenen Vergleich zu vollstrecken ist.

(2) Reicht ein Vorschuss nicht aus, um die zur Aufrechterhaltung einer Vollstreckungsmaßnahme voraussichtlich erforderlichen Auslagen zu decken, gilt Absatz 1 entsprechend. In diesem Fall ist der Auftraggeber zur Leistung eines weiteren Vorschusses innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen aufzufordern. Nach Ablauf der Frist kann der Gerichtsvollzieher die Vollstreckungsmaßnahme aufheben, wenn die Aufforderung verbunden mit einem Hinweis auf die Folgen der Nichtzahlung nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung zugestellt worden ist und die geforderte Zahlung nicht bei dem Gerichtsvollzieher eingegangen ist.

(3) In den Fällen des § 3 Abs. 4 Satz 2 bis 4 bleibt die Verpflichtung zur Zahlung der vorzuschießenden Beträge bestehen.

§ 5

Zuständigkeit für den Kostenansatz, Erinnerung, Beschwerde

(1) Die Kosten werden von dem Gerichtsvollzieher angesetzt, der den Auftrag durchgeführt hat. Der Kostenansatz kann im Verwaltungswege berichtigt werden, solange nicht eine gerichtliche Entscheidung getroffen ist.

(2) Über die Erinnerung des Kostenschuldners und der Staatskasse gegen den Kostenansatz entscheidet, soweit nicht nach § 766 Abs. 2 der Zivilprozessordnung das Voll-

streckungsgericht zuständig ist, das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Gerichtsvollzieher seinen Amtssitz hat. Auf die Erinnerung und die Beschwerde ist § 5 Abs. 2 bis 6 des Gerichtskostengesetzes entsprechend anzuwenden. Über die Beschwerde entscheidet das Landgericht. Soweit in § 5 Abs. 4 Satz 5 des Gerichtskostengesetzes auf die für Beschwerden in der Hauptsache geltenden Vorschriften verwiesen wird, sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung anzuwenden.

(3) Auf die Erinnerung des Kostenschuldners gegen die Anordnung des Gerichtsvollziehers, die Durchführung des Auftrags oder die Aufrechterhaltung einer Vollstreckungsmaßnahme von der Zahlung eines Vorschusses abhängig zu machen, und auf die Beschwerde ist Absatz 2 entsprechend anzuwenden.

§ 6

Nachforderung

Wegen unrichtigen Ansatzes dürfen Kosten nur nachgefordert werden, wenn der berichtigte Ansatz vor Ablauf des nächsten Kalenderjahres nach Durchführung des Auftrags dem Zahlungspflichtigen mitgeteilt worden ist.

§ 7

Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

(1) Kosten, die bei richtiger Behandlung der Sache nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

(2) Die Entscheidung trifft der Gerichtsvollzieher. § 5 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden. Solange nicht das Gericht entschieden hat, kann eine Anordnung nach Absatz 1 im Verwaltungsweg erlassen werden. Eine im Verwaltungsweg getroffene Anordnung kann nur im Verwaltungsweg geändert werden.

§ 8

Verjährung

(1) Ansprüche auf Zahlung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Kosten fällig geworden sind.

(2) Ansprüche auf Rückerstattung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Die Verjährung beginnt jedoch nicht vor dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt.

(3) Auf die Verjährung sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden; die Verjährung wird nicht von Amts wegen berücksichtigt. Die Verjährung der Ansprüche auf Zahlung von Kosten wird auch durch die Aufforderung zur Zahlung oder durch eine dem Kostenschuldner mitgeteilte Stundung unterbrochen. Ist der Aufenthalt des Kostenschuldners unbekannt, so genügt die Zustellung durch Aufgabe zur Post unter seiner letzten bekannten Anschrift. Bei Kostenbeträgen unter 48,90 Deutsche Mark wird die Verjährung nicht unterbrochen.

§ 9

Höhe der Kosten

Kosten werden nach dem Kostenverzeichnis der Anlage zu diesem Gesetz erhoben, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Abschnitt 2

Gebührenvorschriften

§ 10

Abgeltungsbereich der Gebühren

(1) Bei Durchführung desselben Auftrags wird eine Gebühr nach derselben Nummer des Kostenverzeichnisses nur einmal erhoben. Dies gilt nicht für die nach dem 6. Abschnitt des Kostenverzeichnisses zu erhebenden Gebühren, wenn für die Erledigung mehrerer Amtshandlungen Gebühren nach verschiedenen Nummern des Kostenverzeichnisses zu erheben wären. Eine Gebühr nach dem genannten Abschnitt wird nicht neben der entsprechenden Gebühr für die Erledigung der Amtshandlung erhoben.

(2) Ist der Gerichtsvollzieher beauftragt, die gleiche Vollstreckungshandlung wiederholt vorzunehmen, sind die Gebühren für jede Vollstreckungshandlung gesondert zu erheben. Dasselbe gilt, wenn der Gerichtsvollzieher auch ohne ausdrückliche Weisung des Auftraggebers die weitere Vollstreckung betreibt, weil nach dem Ergebnis der Verwertung der Pfandstücke die Vollstreckung nicht zur vollen Befriedigung des Auftraggebers führt oder Pfandstücke bei dem Schuldner abhanden gekommen oder beschädigt worden sind. Die Gebühr für die Entgegennahme einer Zahlung (Nummer 430 des Kostenverzeichnisses) ist für jede Zahlung gesondert zu erheben.

(3) Ist der Gerichtsvollzieher gleichzeitig beauftragt, denselben Vollstreckungstitel an Gesamtschuldner zuzustellen oder Vollstreckungshandlungen gegen Gesamtschuldner auszuführen, sind die Gebühren nach dem 1. Abschnitt und den Nummern 200, 205, 260 und 270 des Kostenverzeichnisses für jeden Gesamtschuldner gesondert zu erheben. Das Gleiche gilt für die im 6. Abschnitt des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühren, wenn Amtshandlungen der im 1. Abschnitt und in den Nummern 200, 205, 260 und 270 des Kostenverzeichnisses genannten Art nicht erledigt worden sind.

§ 11

Tätigkeit zur Nachtzeit, an Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen

Wird der Gerichtsvollzieher auf Verlangen zur Nachtzeit (§ 188 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung) oder an einem Sonnabend, Sonntag oder Feiertag tätig, so werden die doppelten Gebühren erhoben.

§ 12

Siegelungen, Vermögensverzeichnisse, Proteste und ähnliche Geschäfte

(1) Die Gebühren für Wechsel- und Scheckproteste, für Siegelungen und Entsiegelungen, für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen sowie für die Mitwirkung als Urkundsperson bei der Aufnahme von Vermögensverzeichnissen bestimmen sich nach den §§ 18 bis 35, 51, 52, 130 Abs. 2 bis 4 der Kostenordnung. Das Wegegeld (Nummer 711 des Kostenverzeichnisses) wird auf die nach § 51 Abs. 2 Satz 1 der Kostenordnung zu erhebende Wegegebühr angerechnet.

(2) Für die Empfangnahme der Wechsel- oder Schecksumme (Artikel 84 des Wechselgesetzes, Artikel 55 Abs. 3

des Scheckgesetzes) wird die in § 149 der Kostenordnung bestimmte Gebühr erhoben.

Abschnitt 3 Kostenzahlung

§ 13

Kostenschuldner

(1) Kostenschuldner sind

1. der Auftraggeber und
2. der Vollstreckungsschuldner für die notwendigen Kosten der Zwangsvollstreckung.

(2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(3) Wird der Auftrag vom Gericht erteilt, so gelten die Kosten als Auslagen des gerichtlichen Verfahrens.

§ 14

Fälligkeit

Gebühren werden fällig, wenn der Auftrag durchgeführt ist oder länger als zwölf Kalendermonate ruht. Auslagen werden sofort nach ihrer Entstehung fällig.

§ 15

Entnahmerecht

(1) Kosten, die im Zusammenhang mit der Versteigerung oder dem Verkauf von beweglichen Sachen, von Früchten, die vom Boden noch nicht getrennt sind, sowie von Forderungen oder anderen Vermögensrechten, ferner bei der öffentlichen Verpachtung an den Meistbietenden und bei der Mitwirkung bei einer Versteigerung durch einen Dritten (§ 825 Abs. 2 der Zivilprozessordnung) entstehen, können dem Erlös vorweg entnommen werden. Dies gilt auch für die Kosten der Entfernung von Pfandstücken aus dem Gewahrsam des Schuldners, des Gläubigers oder eines Dritten, ferner für die Kosten des Transports und der Lagerung.

(2) Andere als die in Absatz 1 genannten Kosten oder ein hierauf zu zahlender Vorschuss können bei der Ablieferung von Geld an den Auftraggeber entnommen werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit § 459b der Strafprozessordnung oder § 94 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten entgegensteht. Sie gelten ferner nicht, wenn dem Auftraggeber Prozesskostenhilfe bewilligt ist. Bei mehreren Auftraggebern stehen die Sätze 1 und 2 einer Vorwegentnahme aus dem Erlös (Absatz 1) nicht entgegen, wenn deren Voraussetzungen nicht für alle Auftraggeber vorliegen. Die Sätze 1 und 2 stehen einer Entnahme aus dem Erlös auch nicht entgegen, wenn der Erlös höher ist als die Summe der Forderungen aller Auftraggeber.

§ 16

Verteilung der Verwertungskosten

Reicht der Erlös einer Verwertung nicht aus, um die in § 15 Abs. 1 bezeichneten Kosten zu decken, oder wird ein Erlös nicht erzielt, sind diese Kosten im Verhältnis der Forderungen zu verteilen.

§ 17

Verteilung der Auslagen bei der Durchführung mehrerer Aufträge

Auslagen, die in anderen als den in § 15 Abs. 1 genannten Fällen bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Aufträge entstehen, sind nach der Zahl der Aufträge zu verteilen, soweit die Auslagen nicht ausschließlich bei der Durchführung eines Auftrags entstanden sind. Das Wegegeld (Nummer 711 des Kostenverzeichnisses) und die Auslagenpauschale (Nummer 713 des Kostenverzeichnisses) sind für jeden Auftrag gesondert zu erheben.

Abschnitt 4

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 18

Übergangsvorschrift

(1) Die Kosten sind nach bisherigem Recht zu erheben, wenn der Auftrag vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung erteilt worden ist, Kosten der in § 15 Abs. 1 genannten Art jedoch nur, wenn sie vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung entstanden sind. Wenn der Auftrag zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung mit einem Vollstreckungsauftrag verbunden ist, ist der Zeitpunkt maßgebend, zu dem der Vollstreckungsauftrag erteilt ist.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die dieses Gesetz verweist.

§ 19

Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes

(1) Die Kosten sind vorbehaltlich des Absatzes 2 nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 362-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3039), zu erheben, wenn der Auftrag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilt worden ist; § 3 Abs. 3 Satz 1 und § 18 Abs. 1 Satz 2 sind anzuwenden. Werden solche Aufträge und Aufträge, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilt worden sind, durch dieselbe Amtshandlung erledigt, sind die Gebühren insoweit gesondert zu erheben.

(2) Kosten der in § 15 Abs. 1 genannten Art sind nach neuem Recht zu erheben, soweit sie nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden sind.

§ 20

In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet anzuwendende Maßgaben

Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 23 Buchstabe a und Abschnitt IV Nr. 3 Buchstabe h des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 936, 940) in Verbindung mit der Ermäßigungs-satz-Anpassungsverordnung vom 15. April 1996 (BGBl. I S. 604) sowie Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 27 und Abschnitt IV Nr. 4 Satz 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 937, 941) sind entsprechend anzuwenden.

Kostenverzeichnis

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
1. Zustellung auf Betreiben der Parteien		
Die Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten mehrerer Beteiligter (§ 189 Abs. 2 ZPO) gilt als eine Zustellung.		
100	Persönliche Zustellung durch den Gerichtsvollzieher Die Gebühr wird auch erhoben, wenn der Gerichtsvollzieher die Ladung zum Termin zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (§ 900 ZPO) zustellt.	14,67 DM
101	Sonstige Zustellung	4,89 DM
102	Beglaubigung eines Schriftstückes, das dem Gerichtsvollzieher zum Zwecke der Zustellung übergeben wurde (§ 170 Abs. 2 ZPO) je Seite Eine angefangene Seite wird voll berechnet.	Gebühr in Höhe von Schreibauslagen
2. Vollstreckung		
200	Amtshandlung nach § 845 Abs. 1 Satz 2 ZPO (Vorpfändung)	24,45 DM
205	Pfändung Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	39,12 DM
206	Übernahme beweglicher Sachen zum Zwecke der Verwertung in den Fällen der §§ 847 und 854 ZPO	24,45 DM
210	Übernahme des Vollstreckungsauftrags von einem anderen Gerichtsvollzieher, wenn der Schuldner unter Mitnahme der Pfandstücke in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verzogen ist	24,45 DM
220	Entfernung von Pfandstücken, die im Gewahrsam des Schuldners, des Gläubigers oder eines Dritten belassen waren Die Gebühr wird auch dann nur einmal erhoben, wenn die Pfandstücke aufgrund mehrerer Aufträge entfernt werden. Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	24,45 DM
221	Wegnahme oder Entgegennahme beweglicher Sachen durch den zur Vollstreckung erschienenen Gerichtsvollzieher Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	39,12 DM
230	Wegnahme oder Entgegennahme einer Person durch den zur Vollstreckung erschienenen Gerichtsvollzieher Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben. Sind mehrere Personen wegzunehmen, werden die Gebühren für jede Person gesondert erhoben.	78,23 DM
240	Entsetzung aus dem Besitz unbeweglicher Sachen oder eingetragener Schiffe oder Schiffsbauwerke und die Einweisung in den Besitz (§ 885 ZPO) Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	146,69 DM
241	Wegnahme ausländischer Schiffe, die in das Schiffsregister eingetragen werden müssten, wenn sie deutsche Schiffe wären, und ihre Übergabe an den Gläubiger Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	195,58 DM
242	Übergabe unbeweglicher Sachen an den Verwalter im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	146,69 DM
250	Zuziehung zur Beseitigung des Widerstands des Schuldners gegen die Vornahme einer Handlung (§ 892 ZPO) Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	78,23 DM
260	Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	58,67 DM
270	Verhaftung, Nachverhaftung, zwangsweise Vorführung	58,67 DM

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
3. Verwertung		
Die Gebühren werden bei jeder Verwertung nur einmal erhoben. Dieselbe Verwertung liegt auch vor, wenn der Gesamterlös aus der Versteigerung oder dem Verkauf mehrerer Gegenstände einheitlich zu verteilen ist oder zu verteilen wäre und wenn im Falle der Versteigerung oder des Verkaufs die Verwertung in einem Termin erfolgt.		
300	Versteigerung oder Verkauf von – beweglichen Sachen, – Früchten, die noch nicht vom Boden getrennt sind, – Forderungen oder anderen Vermögensrechten Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	78,23 DM
301	Öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	78,23 DM
302	Anberaumung eines neuen Versteigerungs- oder Verpachtungstermins Die Gebühr wird nur erhoben, wenn der vorherige Termin auf Antrag des Gläubigers oder des Antragstellers oder nach den Vorschriften der §§ 765a, 775, 813a, 813b ZPO nicht stattgefunden hat oder wenn der Termin infolge des Ausbleibens von Bietern oder wegen ungenügender Gebote erfolglos geblieben ist.	14,67 DM
310	Mitwirkung bei der Versteigerung durch einen Dritten (§ 825 Abs. 2 ZPO) Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	24,45 DM
4. Besondere Geschäfte		
400	Bewachung und Verwahrung eines Schiffes, eines Schiffsbauwerks oder eines Luftfahrzeugs (§§ 165, 170, 170a, 171, 171c, 171g, 171h ZVG, § 99 Abs. 2, § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen) Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	146,69 DM
401	Feststellung der Mieter oder Pächter von Grundstücken im Auftrag des Gerichts je festgestellte Person Die Gebühr wird auch erhoben, wenn die Ermittlungen nicht zur Feststellung eines Mieters oder Pächters führen.	9,78 DM
410	Tatsächliches Angebot einer Leistung (§§ 293, 294 BGB) außerhalb der Zwangsvollstreckung	24,45 DM
411	Beurkundung eines Leistungsangebots Die Gebühr entfällt, wenn die Gebühr nach Nummer 410 zu erheben ist.	9,78 DM
420	Entfernung von Gegenständen aus dem Gewahrsam des Inhabers zum Zwecke der Versteigerung oder Verwahrung außerhalb der Zwangsvollstreckung	24,45 DM
430	Entgegennahme einer Zahlung, wenn diese nicht ausschließlich auf Kosten nach diesem Gesetz entfällt, die bei der Durchführung des Auftrags entstanden sind Die Gebühr wird auch erhoben, wenn der Gerichtsvollzieher einen entgegengenommenen Scheck selbst einzieht oder einen Scheck aufgrund eines entsprechenden Auftrags des Auftraggebers an diesen weiterleitet. Die Gebühr wird nicht im Falle des § 12 Abs. 2 GvKostG erhoben.	5,87 DM
5. Zeitzuschlag		
500	Zeitzuschlag, sofern dieser bei der Gebühr vorgesehen ist, wenn die Erledigung der Amtshandlung nach dem Inhalt des Protokolls mehr als 3 Stunden in Anspruch nimmt, für jede weitere angefangene Stunde Maßgebend ist die Dauer der Amtshandlung vor Ort.	29,34 DM
6. Nicht erledigte Amtshandlung		
Gebühren nach diesem Abschnitt werden erhoben, wenn eine Amtshandlung, mit deren Erledigung der Gerichtsvollzieher beauftragt worden ist, aus Rechtsgründen oder infolge von Umständen, die weder in der Person des Gerichtsvollziehers liegen noch von seiner Entschließung abhängig sind, nicht erledigt wird. Eine Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Auftrag an einen anderen Gerichtsvollzieher abgegeben wird oder hätte abgegeben werden können.		
600	Nicht erledigte – Zustellung (Nummern 100 und 101)	4,89 DM
601	– Wegnahme einer Person (Nummer 230)	39,12 DM

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
602	– Entsetzung aus dem Besitz (Nummer 240), Wegnahme ausländischer Schiffe (Nummer 241) oder Übergabe an den Verwalter (Nummer 242)	48,90 DM
603	– Beurkundung eines Leistungsangebots (Nummer 411)	9,78 DM
604	– Amtshandlung der in den Nummern 200 bis 221, 250 bis 301, 310, 400, 410 und 420 genannten Art	24,45 DM
	Die Gebühr für die nicht abgenommene eidesstattliche Versicherung wird nicht erhoben, wenn diese deshalb nicht abgenommen wird, weil der Schuldner sie innerhalb der letzten drei Jahre bereits abgegeben hat (§ 903 ZPO).	

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
7. Auslagen		
700	Die Schreibauslagen betragen für jede Seite unabhängig von der Art der Herstellung bei der Durchführung desselben Auftrags	
	1. für die ersten 50 Seiten	0,98 DM
	2. für jede weitere Seite	0,29 DM
	(1) Die Höhe der Schreibauslagen ist für jeden Kostenschuldner nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 GvKostG gesondert zu berechnen; Gesamtschuldner gelten als ein Schuldner.	
	(2) Schreibauslagen werden erhoben für	
	1. Abschriften, die auf Antrag angefertigt oder per Telefax übermittelt werden;	
	2. Abschriften, die angefertigt worden sind, weil der Auftraggeber es unterlassen hat, einem zuzustellenden Schriftstück die erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen;	
	3. Abschriften der Zustellungsurkunde im Falle der Zustellung an einen Zustellungsbevollmächtigten (§ 189 Abs. 2 ZPO).	
	(3) Schreibauslagen für die erste Abschrift eines mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses und der Niederschrift über die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung werden von demjenigen Kostenschuldner nicht erhoben, von dem die Gebühr 260 zu erheben ist.	
701	Entgelte für Zustellungen mit Zustellungsurkunde	in voller Höhe
702	Kosten, die durch öffentliche Bekanntmachung entstehen	in voller Höhe
703	An Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer zu zahlende Beträge	in voller Höhe
704	An die zum Öffnen von Türen und Behältnissen sowie an die zur Durchsuchung von Schuldnern zugezogenen Personen zu zahlende Beträge	in voller Höhe
705	Kosten für die Umschreibung eines auf den Namen lautenden Wertpapiers oder für die Wiederinkurssetzung eines Inhaberpapiers	in voller Höhe
706	Kosten, die von einem Kreditinstitut erhoben werden, weil ein Scheck des Vollstreckungsschuldners nicht eingelöst wird	in voller Höhe
707	An Dritte zu zahlende Beträge für die Beförderung von Personen, Tieren und Sachen, das Verwahren von Tieren und Sachen, das Füttern von Tieren, die Beaufsichtigung von Sachen sowie das Abernten von Früchten	in voller Höhe
708	An Einwohnermeldestellen für Auskünfte über die Wohnung des Beteiligten zu zahlende Beträge	in voller Höhe
709	Kosten für Arbeitshilfen	in voller Höhe
710	Pauschale für die Benutzung von eigenen Beförderungsmitteln des Gerichtsvollziehers zur Beförderung von Personen und Sachen je Fahrt	9,78 DM
711	Das anstelle der tatsächlichen Reisekosten zu erhebende Wegegeld für zurückzulegende Wegstrecken innerhalb des Bezirks des Amtsgerichts, dem der Gerichtsvollzieher zugewiesen ist, oder innerhalb des dem Gerichtsvollzieher zugewiesenen Bezirks eines anderen Amtsgerichts beträgt für jeden Auftrag bei einer Entfernung des am weitesten entfernten Zieles vom Amtsgericht	
	– bis zu 10 Kilometer	4,89 DM
	– von mehr als 10 Kilometern bis 20 Kilometer	9,78 DM

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
	– von mehr als 20 Kilometern bis 30 Kilometer – von mehr als 30 Kilometern (1) Ist die Entfernung vom Geschäftszimmer des Gerichtsvollziehers bis zum Ort der Amtshandlung geringer, so ist diese maßgebend. Die Entfernung ist nach der Luftlinie zu messen. Werden mehrere Wege zurückgelegt, ist der Weg mit der weitesten Entfernung maßgebend. (2) Wegegeld wird nicht erhoben für 1. die sonstige Zustellung (Nummer 101), 2. die Versteigerung von Pfandstücken, die sich in der Pfandkammer befinden. (3) In den Fällen des § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 GvKostG wird das Wegegeld für jede Vollstreckungshandlung gesondert erhoben. Zieht der Gerichtsvollzieher Teilbeträge ein (§§ 806b, 813a, 900 Abs. 3 ZPO), wird das Wegegeld für den Einzug des zweiten und jedes weiteren Teilbetrages gesondert erhoben.	14,67 DM 19,56 DM
712	Bei Geschäften außerhalb des Bezirks des Amtsgerichts, dem der Gerichtsvollzieher zugewiesen ist, oder außerhalb des dem Gerichtsvollzieher zugewiesenen Bezirks eines anderen Amtsgerichts, Reisekosten nach den für den Gerichtsvollzieher geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften	in voller Höhe
713	Pauschale für sonstige bare Auslagen je Auftrag	20% der zu erhebenden Gebühren – mindestens 5,87 DM, höchstens 19,56 DM

Artikel 2

Änderung von Rechtsvorschriften

(1) Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„In Verfahren der Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen ist maßgebend, wer ohne Berücksichtigung des § 252 der Abgabenordnung oder entsprechender Vorschriften Gläubiger der Forderung ist.“

2. § 12a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „(§§ 62 und 73 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)“ durch die Angabe „(§§ 63 und 74 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „(§ 51 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)“ durch die Angabe „(§ 54 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Im Verfahren über Beschwerden gegen Entscheidungen der Vergabekammer (§ 116 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) einschließlich des Verfahrens über den Antrag nach § 115 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3 und nach § 121 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beträgt der Streitwert 5 vom Hundert der Auftragssumme.“

3. § 61 wird wie folgt gefasst:

„§ 61

Fälligkeit der Gebühren

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einschließlich der Familiensachen nach § 621 Abs. 1 Nr. 4, 5, 8 und 11 der Zivilprozessordnung sowie § 621 Abs. 1 Nr. 10 der Zivilprozessordnung mit Ausnahme der Verfahren nach § 1600e Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, im Insolvenzverfahren, im schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren und in den Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes (§ 1 Abs. 3) wird die Gebühr mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig; soweit die Gebühr eine Entscheidung oder sonstige gerichtliche Handlung voraussetzt, wird sie mit dieser fällig.“

4. In § 65 Abs. 4 werden nach den Wörtern „Über den Antrag“ die Wörter „auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (§ 889 der Zivilprozessordnung),“ eingefügt.

5. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In der Gliederung wird die Überschrift zu Teil 1 wie folgt gefasst:

„Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Verfahren nach § 1 Abs. 2 und 3 GKG und Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vor den ordentlichen Gerichten außer Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung“.

b) Die Überschrift des Teils 1 wird wie folgt gefasst:

„Teil 1

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Verfahren nach § 1 Abs. 2 und 3 GKG und Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“.

kungen vor den ordentlichen Gerichten außer Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung“.

- c) Die Nummer 1201 wird Nummer 1210.
- d) Die Nummer 1202 wird Nummer 1211 und im Gebührentatbestand wird die Angabe „1201“ durch die Angabe „1210“ ersetzt.
- e) In der Überschrift des Abschnitts II.2 des Teils 1 wird die Angabe „§§ 62 und 126 GWB“ durch die Angabe „§§ 63 und 116 GWB“ ersetzt.
- f) Im Gebührentatbestand der Nummer 1222 wird die Angabe „§ 125 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 128 Abs. 1 Satz 3 oder nach § 131 GWB“ durch die Angabe „§ 115 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3 oder nach § 121 GWB“ ersetzt.
- g) In der Vorbemerkung zu den Nummern 1224 und 1225 wird die Angabe „§ 126 GWB“ durch die Angabe „§ 116 GWB“ ersetzt.
- h) In der Vorbemerkung zu den Nummern 1226 und 1227 wird die Angabe „§§ 62 und 126 GWB“ durch die Angabe „§§ 63 und 116 GWB“ ersetzt.
- i) In der Überschrift des Abschnitts II.3 des Teils 1 wird die Angabe „§ 73 GWB“ durch die Angabe „§ 74 GWB“ ersetzt.
- j) In der Vorbemerkung zu den Nummern 1236 und 1237 wird die Angabe „§ 73 GWB, der Instanz abschließt“ durch die Angabe „§ 74 GWB, der die Instanz abschließt“ ersetzt.
- k) In Nummer 1411 wird die Angabe „1420“ durch die Angabe „1410“ ersetzt.
- l) In der Vorbemerkung vor den Nummern 1414 und 1415 wird die Angabe „1422“ durch die Angabe „1412“ ersetzt.
- m) Nach Nummer 1642 wird folgende neue Nummer 1643 eingefügt:

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag oder Satz der Gebühr nach § 11 Abs. 2 GKG
„1643	Verfahren über den Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung nach § 889 ZPO	50 DM“.

- n) Die Nummern 1644 und 1645 werden wie folgt gefasst:

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag oder Satz der Gebühr nach § 11 Abs. 2 GKG
„1644	Verfahren über den Antrag eines Drittgläubigers auf Erteilung der Abschrift eines mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses	20 DM
	Die Gebühr entfällt, wenn für ein Verfahren über den Antrag auf Gewährung der Einsicht in dasselbe Vermögensverzeichnis die Gebühr 1645 bereits entstanden ist.	

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag oder Satz der Gebühr nach § 11 Abs. 2 GKG
1645	Verfahren über den Antrag eines Drittgläubigers auf Gewährung der Einsicht in das mit eidesstattlicher Versicherung abgegebene Vermögensverzeichnis Die Gebühr entfällt, wenn für ein Verfahren über einen früheren Antrag auf Gewährung der Einsicht in dasselbe Vermögensverzeichnis die Gebühr bereits entstanden ist.	20 DM“.

- o) Nummer 1655 wird durch folgende Nummern ersetzt:

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag oder Satz der Gebühr nach § 11 Abs. 2 GKG
„1655	Ersuchen durch die Geschäftsstelle an die Post um Bewirkung einer Zustellung (§ 196 ZPO), die nicht von Amts wegen erfolgt	5 DM
1656	Beglaubigung eines Schriftstückes, das der Geschäftsstelle zum Zwecke der Zustellung übergeben wurde je Seite Eine angefangene Seite wird voll berechnet.	Gebühr in Höhe von Schreibauslagen“.

- p) In Nummer 1701 wird die Angabe „§ 620 Satz 1 Nr. 4, 6 bis 9 ZPO“ durch die Angabe „§ 620 Nr. 4, 6 bis 9 ZPO“ ersetzt.
- q) In Absatz 4 der Anmerkung zu Nummer 9000 wird die Angabe „1643 oder 1644“ durch die Angabe „1644 oder 1645“ ersetzt.
- r) Nummer 9002 wird wie folgt gefasst:

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
„9002	Kosten für Zustellungen a) mit Zustellungsurkunde oder Einschreiben gegen Rückschein	in voller Höhe
	b) durch Justizbedienstete nach den §§ 211, 212 ZPO anstelle der tatsächlichen Aufwendungen	15 DM“.

- s) Nummer 9010 wird wie folgt gefasst:

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
„9010	Kosten einer Zwangshaft, auch aufgrund eines Haftbefehls nach § 901 ZPO	in Höhe der für die Freiheitsstrafe geltenden Sätze“.

(2) Die Kostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 361-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 § 23 des Gesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), wird wie folgt geändert:

1. In § 31a werden die Wörter „oder des Betriebsvermögenswertes“ gestrichen.
2. In § 86 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „Schiffsregister-, Schiffsbauregister- und Kabelpfandsachen“ durch die Wörter „Schiffsregister- und Schiffsbauregistersachen“ ersetzt.
3. In § 136 Abs. 1 Nr. 2 wird am Ende das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
4. § 137 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 werden die Wörter „durch die Post“ gestrichen.
 - b) In Nummer 3 werden die Wörter „ein Betrag in Höhe der in § 16 Abs. 1 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühr“ durch die Wörter „ein Betrag von 15 Deutsche Mark“ ersetzt.
5. In § 153 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „der Reisekostenstufe B“ gestrichen.

(3) Das Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „in Höhe des Satzes, der Richtern in der Reisekostenstufe B nach den Vorschriften über die Reisekostenvergütung der Richter im Bundesdienst zusteht“ durch die Wörter „, dessen Höhe sich nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes bestimmt“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „sechs Stunden“ durch die Wörter „acht Stunden“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils die Wörter „sechs Stunden“ durch die Wörter „acht Stunden“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 werden die Wörter „in der Reisekostenstufe B“ gestrichen.
2. § 7 wird aufgehoben.

(4) § 10 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1756), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3108) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Wörter „der Richtern in der Reisekostenstufe B nach den Vorschriften über die Reisekostenvergütung der Richter im Bundesdienst als Tagegeld zusteht“ durch die Wörter „der sich aus § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes ergibt“ ersetzt.
2. Satz 2 wird aufgehoben.
3. Satz 3 wird Satz 2 und die Wörter „sechs Stunden“ werden durch die Wörter „acht Stunden“ ersetzt.

(5) Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 5 Satz 2 wird aufgehoben.
2. In § 20 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „Absatz 1 Satz 2“ durch die Angabe „Absatz 1 Satz 3“ ersetzt.
3. § 58 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. gerichtliche Anordnungen nach § 758a der Zivilprozessordnung;“.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 3 wird die Angabe „§§ 765a, 813b, 851a, 851b der Zivilprozessordnung und §§ 30, 31 des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes“ durch die Angabe „§§ 765a, 813b, 851a und 851b der Zivilprozessordnung“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 12 wird die Angabe „(§ 915 Abs. 3 der Zivilprozessordnung)“ durch die Angabe „(§ 915a der Zivilprozessordnung)“ ersetzt.
4. In § 65a Satz 2 wird die Angabe „§ 125 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 128 Abs. 1 Satz 3 oder nach § 131 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ durch die Angabe „§ 115 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3 oder nach § 121 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ ersetzt.
5. § 65b wird wie folgt gefasst:

„§ 65b
Verfahren nach dem
Gesetz über die Wahrnehmung von
Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
Der Rechtsanwalt erhält im erstinstanzlichen Verfahren vor dem Oberlandesgericht nach § 16 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten Gebühren nach § 11 Abs. 1 Satz 4.“
6. In § 70 Abs. 2 wird die Angabe „§ 57 Abs. 2 Satz 6“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 3“ ersetzt.
7. In § 97 Abs. 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 83 Abs. 1, der §§ 84, 85 Abs. 1, des § 86 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1, der §§ 84, 85 Abs. 1 oder 3, des § 86 Abs. 1 oder 3“ ersetzt.
8. In § 102 Abs. 2 Satz 1 wird nach den Wörtern „als Beistand bestellt wird“ die Angabe „(§ 397a Abs. 1, § 406g Abs. 3 Nr. 1 der Strafprozessordnung)“ eingefügt.
9. Der Achte Abschnitt wird aufgehoben.
10. § 117 erhält folgende Überschrift:

„Besonderheiten für Verfahren
vor Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit“.

(6) Die Justizbeitragsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 365-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1580), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) An die Stelle des Gerichtsvollziehers tritt der Vollziehungsbeamte. Der Vollziehungsbeamte wird zur Annahme der Leistung, zur Ausstellung von Empfangsbekennnissen und zu Vollstreckungshandlungen durch einen schriftlichen Auftrag der Vollstreckungsbehörde ermächtigt. Aufträge, die mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellt werden, werden mit dem Dienstsiegel versehen; einer Unterschrift bedarf es nicht. Der Vollziehungsbeamte hat im Auftrag der Vollstreckungsbehörde auch die in § 840 Abs. 1 der Zivilprozessordnung bezeichneten Erklärungen entgegenzunehmen. Die in § 845 der Zivilprozessordnung bezeichnete Benachrichtigung hat der Vollziehungsbeamte nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Zustellung auf Betreiben der Parteien zuzustellen.“

2. § 7 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung beantragt die Vollstreckungsbehörde bei dem zuständigen Gerichtsvollzieher; die Vollstreckung in unbewegliches Vermögen beantragt sie bei dem zuständigen Amtsgericht.“

3. In § 11 Abs. 2 werden die Wörter „Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher“ durch das Wort „Gerichtsvollzieherkostengesetzes“ ersetzt.

(7) § 48 Abs. 1 des Wohnungseigentumsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 7 Abs. 8 des Gesetzes vom 27. Juni 2000 (BGBl. I S. 897) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 4 wird die Angabe „1201“ geändert in „1210“.

2. Folgender Satz wird angefügt:

„§ 65 Abs. 1 Satz 2 des Gerichtskostengesetzes ist nicht anzuwenden.“

(8) In § 107 Abs. 3 Nr. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2432) geändert worden ist, werden die Wörter „ein Betrag in Höhe der in § 16 Abs. 1 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühr“ durch die Wörter „ein Betrag von 15 Deutsche Mark“ ersetzt.

(9) Die Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613, 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1850), wird wie folgt geändert:

1. § 339 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der diesem Gesetz als Anlage beigefügten Gebührentabelle. Es wird die volle Gebühr erhoben.“

2. In § 340 Abs. 3 werden die Wörter „richtet sich nach § 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher“ durch die Wörter „beträgt 40 Deutsche Mark“ ersetzt.

3. § 343 wird aufgehoben.

4. Dem Gesetz wird folgende Anlage angefügt:

„Anlage
(zu § 339 Abs. 4)

Gegenstandswert bis ... DM	Gebühr DM	Gegenstandswert bis ... DM	Gebühr DM
1 000	20	48 000	300
2 000	30	50 000	310
3 000	40	52 000	320
4 000	50	54 000	330
5 000	60	56 000	340
6 000	70	58 000	350
7 000	80	60 000	360
8 000	90	62 000	370
9 000	100	64 000	380
10 000	110	66 000	390
12 000	120	68 000	400
14 000	130	70 000	410
16 000	140	72 000	420
18 000	150	74 000	430
20 000	160	76 000	440
22 000	170	78 000	450
24 000	180	80 000	460
26 000	190	82 000	470
28 000	200	84 000	480
30 000	210	86 000	490
32 000	220	88 000	500
34 000	230	90 000	510
36 000	240	92 000	520
38 000	250	94 000	530
40 000	260	96 000	540
42 000	270	98 000	550
44 000	280	100 000	560
46 000	290		

Die Gebühr erhöht sich bei Gegenstandswerten von mehr als 100 000 DM für jeden angefangenen Betrag von weiteren 2 000 DM um 10 DM.“

(10) Artikel XI § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 360-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch das Gesetz vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes zur Umstellung auf Euro

Das Gerichtsvollzieherkostengesetz in der Fassung des Artikels 1 wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „10 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „5 000 Euro“ ersetzt.

2. In § 8 Abs. 3 Satz 4 wird die Angabe „48,90 Deutsche Mark“ durch die Angabe „25 Euro“ ersetzt.

3. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage
(zu § 9)**Kostenverzeichnis**

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
1. Zustellung auf Betreiben der Parteien		
Die Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten mehrerer Beteiligter (§ 189 Abs. 2 ZPO) gilt als eine Zustellung.		
100	Persönliche Zustellung durch den Gerichtsvollzieher	7,50 EUR
	Die Gebühr wird auch erhoben, wenn der Gerichtsvollzieher die Ladung zum Termin zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (§ 900 ZPO) zustellt.	
101	Sonstige Zustellung	2,50 EUR
102	Beglaubigung eines Schriftstückes, das dem Gerichtsvollzieher zum Zwecke der Zustellung übergeben wurde (§ 170 Abs. 2 ZPO)	
	je Seite	Gebühr in Höhe von Schreibauslagen
	Eine angefangene Seite wird voll berechnet.	
2. Vollstreckung		
200	Amtshandlung nach § 845 Abs. 1 Satz 2 ZPO (Vorfändung)	12,50 EUR
205	Pfändung	20,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
206	Übernahme beweglicher Sachen zum Zwecke der Verwertung in den Fällen der §§ 847 und 854 ZPO	12,50 EUR
210	Übernahme des Vollstreckungsauftrags von einem anderen Gerichtsvollzieher, wenn der Schuldner unter Mitnahme der Pfandstücke in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verzogen ist	12,50 EUR
220	Entfernung von Pfandstücken, die im Gewahrsam des Schuldners, des Gläubigers oder eines Dritten belassen waren	12,50 EUR
	Die Gebühr wird auch dann nur einmal erhoben, wenn die Pfandstücke aufgrund mehrerer Aufträge entfernt werden. Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
221	Wegnahme oder Entgegennahme beweglicher Sachen durch den zur Vollstreckung erschienenen Gerichtsvollzieher	20,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
230	Wegnahme oder Entgegennahme einer Person durch den zur Vollstreckung erschienenen Gerichtsvollzieher	40,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben. Sind mehrere Personen wegzunehmen, werden die Gebühren für jede Person gesondert erhoben.	
240	Entsetzung aus dem Besitz unbeweglicher Sachen oder eingetragener Schiffe oder Schiffsbauwerke und die Einweisung in den Besitz (§ 885 ZPO)	75,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
241	Wegnahme ausländischer Schiffe, die in das Schiffsregister eingetragen werden müssten, wenn sie deutsche Schiffe wären, und ihre Übergabe an den Gläubiger	100,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
242	Übergabe unbeweglicher Sachen an den Verwalter im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung	75,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
250	Zuziehung zur Beseitigung des Widerstands des Schuldners gegen die Vornahme einer Handlung (§ 892 ZPO)	40,00 EUR
	Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.	
260	Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	30,00 EUR
270	Verhaftung, Nachverhaftung, zwangsweise Vorführung	30,00 EUR

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
3. Verwertung		
Die Gebühren werden bei jeder Verwertung nur einmal erhoben. Dieselbe Verwertung liegt auch vor, wenn der Gesamterlös aus der Versteigerung oder dem Verkauf mehrerer Gegenstände einheitlich zu verteilen ist oder zu verteilen wäre und wenn im Falle der Versteigerung oder des Verkaufs die Verwertung in einem Termin erfolgt.		
300	Versteigerung oder Verkauf von – beweglichen Sachen, – Früchten, die noch nicht vom Boden getrennt sind, – Forderungen oder anderen Vermögensrechten	40,00 EUR
Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.		
301	Öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden	40,00 EUR
Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.		
302	Anberaumung eines neuen Versteigerungs- oder Verpachtungstermins	7,50 EUR
Die Gebühr wird nur erhoben, wenn der vorherige Termin auf Antrag des Gläubigers oder des Antragstellers oder nach den Vorschriften der §§ 765a, 775, 813a, 813b ZPO nicht stattgefunden hat oder wenn der Termin infolge des Ausbleibens von Bietern oder wegen ungenügender Gebote erfolglos geblieben ist.		
310	Mitwirkung bei der Versteigerung durch einen Dritten (§ 825 Abs. 2 ZPO)	12,50 EUR
Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.		
4. Besondere Geschäfte		
400	Bewachung und Verwahrung eines Schiffes, eines Schiffsbauwerks oder eines Luftfahrzeugs (§§ 165, 170, 170a, 171, 171c, 171g, 171h ZVG, § 99 Abs. 2, § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen)	75,00 EUR
Neben dieser Gebühr wird gegebenenfalls ein Zeitzuschlag nach Nummer 500 erhoben.		
401	Feststellung der Mieter oder Pächter von Grundstücken im Auftrag des Gerichts je festgestellte Person	5,00 EUR
Die Gebühr wird auch erhoben, wenn die Ermittlungen nicht zur Feststellung eines Mieters oder Pächters führen.		
410	Tatsächliches Angebot einer Leistung (§§ 293, 294 BGB) außerhalb der Zwangsvollstreckung	12,50 EUR
411	Beurkundung eines Leistungsangebots	5,00 EUR
Die Gebühr entfällt, wenn die Gebühr nach Nummer 410 zu erheben ist.		
420	Entfernung von Gegenständen aus dem Gewahrsam des Inhabers zum Zwecke der Versteigerung oder Verwahrung außerhalb der Zwangsvollstreckung	12,50 EUR
430	Entgegennahme einer Zahlung, wenn diese nicht ausschließlich auf Kosten nach diesem Gesetz entfällt, die bei der Durchführung des Auftrags entstanden sind	3,00 EUR
Die Gebühr wird auch erhoben, wenn der Gerichtsvollzieher einen entgegengenommenen Scheck selbst einzieht oder einen Scheck aufgrund eines entsprechenden Auftrags des Auftraggebers an diesen weiterleitet. Die Gebühr wird nicht im Falle des § 12 Abs. 2 GvKostG erhoben.		
5. Zeitzuschlag		
500	Zeitzuschlag, sofern dieser bei der Gebühr vorgesehen ist, wenn die Erledigung der Amtshandlung nach dem Inhalt des Protokolls mehr als 3 Stunden in Anspruch nimmt, für jede weitere angefangene Stunde	15,00 EUR
Maßgebend ist die Dauer der Amtshandlung vor Ort.		
6. Nicht erledigte Amtshandlung		
Gebühren nach diesem Abschnitt werden erhoben, wenn eine Amtshandlung, mit deren Erledigung der Gerichtsvollzieher beauftragt worden ist, aus Rechtsgründen oder infolge von Umständen, die weder in der Person des Gerichtsvollziehers liegen noch von seiner Entschließung abhängig sind, nicht erledigt wird. Eine Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Auftrag an einen anderen Gerichtsvollzieher abgegeben wird oder hätte abgegeben werden können.		
600	Nicht erledigte – Zustellung (Nummern 100 und 101)	2,50 EUR
601	– Wegnahme einer Person (Nummer 230)	20,00 EUR

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
602	– Entsetzung aus dem Besitz (Nummer 240), Wegnahme ausländischer Schiffe (Nummer 241) oder Übergabe an den Verwalter (Nummer 242)	25,00 EUR
603	– Beurkundung eines Leistungsangebots (Nummer 411)	5,00 EUR
604	– Amtshandlung der in den Nummern 200 bis 221, 250 bis 301, 310, 400, 410 und 420 genannten Art	12,50 EUR
	Die Gebühr für die nicht abgenommene eidesstattliche Versicherung wird nicht erhoben, wenn diese deshalb nicht abgenommen wird, weil der Schuldner sie innerhalb der letzten drei Jahre bereits abgegeben hat (§ 903 ZPO).	

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
7. Auslagen		
700	Die Schreibauslagen betragen für jede Seite unabhängig von der Art der Herstellung bei der Durchführung desselben Auftrags	
	1. für die ersten 50 Seiten	0,50 EUR
	2. für jede weitere Seite	0,15 EUR
	(1) Die Höhe der Schreibauslagen ist für jeden Kostenschuldner nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 GvKostG gesondert zu berechnen; Gesamtschuldner gelten als ein Schuldner.	
	(2) Schreibauslagen werden erhoben für	
	1. Abschriften, die auf Antrag angefertigt oder per Telefax übermittelt werden;	
	2. Abschriften, die angefertigt worden sind, weil der Auftraggeber es unterlassen hat, einem zuzustellenden Schriftstück die erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen;	
	3. Abschriften der Zustellungsurkunde im Falle der Zustellung an einen Zustellungsbevollmächtigten (§ 189 Abs. 2 ZPO).	
	(3) Schreibauslagen für die erste Abschrift eines mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses und der Niederschrift über die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung werden von demjenigen Kostenschuldner nicht erhoben, von dem die Gebühr 260 zu erheben ist.	
701	Entgelte für Zustellungen mit Zustellungsurkunde	in voller Höhe
702	Kosten, die durch öffentliche Bekanntmachung entstehen	in voller Höhe
703	An Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer zu zahlende Beträge	in voller Höhe
704	An die zum Öffnen von Türen und Behältnissen sowie an die zur Durchsuchung von Schuldnern zugezogenen Personen zu zahlende Beträge	in voller Höhe
705	Kosten für die Umschreibung eines auf den Namen lautenden Wertpapiers oder für die Wiederinkurssetzung eines Inhaberpapiers	in voller Höhe
706	Kosten, die von einem Kreditinstitut erhoben werden, weil ein Scheck des Vollstreckungsschuldners nicht eingelöst wird	in voller Höhe
707	An Dritte zu zahlende Beträge für die Beförderung von Personen, Tieren und Sachen, das Verwahren von Tieren und Sachen, das Füttern von Tieren, die Beaufsichtigung von Sachen sowie das Abernten von Früchten	in voller Höhe
708	An Einwohnermeldestellen für Auskünfte über die Wohnung des Beteiligten zu zahlende Beträge	in voller Höhe
709	Kosten für Arbeitshilfen	in voller Höhe
710	Pauschale für die Benutzung von eigenen Beförderungsmitteln des Gerichtsvollziehers zur Beförderung von Personen und Sachen je Fahrt	5,00 EUR
711	Das anstelle der tatsächlichen Reisekosten zu erhebende Wegegeld für zurückzulegende Wegstrecken innerhalb des Bezirks des Amtsgerichts, dem der Gerichtsvollzieher zugewiesen ist, oder innerhalb des dem Gerichtsvollzieher zugewiesenen Bezirks eines anderen Amtsgerichts beträgt für jeden Auftrag bei einer Entfernung des am weitesten entfernten Zieles vom Amtsgericht	
	– bis zu 10 Kilometer	2,50 EUR
	– von mehr als 10 Kilometern bis 20 Kilometer	5,00 EUR

Nr.	Auslagentatbestand	Höhe
	– von mehr als 20 Kilometern bis 30 Kilometer – von mehr als 30 Kilometern (1) Ist die Entfernung vom Geschäftszimmer des Gerichtsvollziehers bis zum Ort der Amtshandlung geringer, so ist diese maßgebend. Die Entfernung ist nach der Luftlinie zu messen. Werden mehrere Wege zurückgelegt, ist der Weg mit der weitesten Entfernung maßgebend. (2) Wegegeld wird nicht erhoben für 1. die sonstige Zustellung (Nummer 101), 2. die Versteigerung von Pfandstücken, die sich in der Pfandkammer befinden. (3) In den Fällen des § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 GvKostG wird das Wegegeld für jede Vollstreckungshandlung gesondert erhoben. Zieht der Gerichtsvollzieher Teilbeträge ein (§§ 806b, 813a, 900 Abs. 3 ZPO), wird das Wegegeld für den Einzug des zweiten und jedes weiteren Teilbetrages gesondert erhoben.	7,50 EUR 10,00 EUR
712	Bei Geschäften außerhalb des Bezirks des Amtsgerichts, dem der Gerichtsvollzieher zugewiesen ist, oder außerhalb des dem Gerichtsvollzieher zugewiesenen Bezirks eines anderen Amtsgerichts, Reisekosten nach den für den Gerichtsvollzieher geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften	in voller Höhe
713	Pauschale für sonstige bare Auslagen je Auftrag	20% der zu erhebenden Gebühren – mindestens 3,00 EUR, höchstens 10,00 EUR“

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 Buchstabe a bis l, p und s, Abs. 2 Nr. 1 bis 3 und 5 und Abs. 3 bis 5 und 7 sowie des Artikels 3 am 1. Mai 2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 362-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3039), außer Kraft.

(2) Artikel 3 tritt am 1. Januar 2002 in Kraft. Im Übrigen tritt das Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. April 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

**Verordnung
über das Meisterprüfungsberufsbild und über die Prüfungsanforderungen in
den Teilen I und II der Meisterprüfung im Friseur-Handwerk
(Friseurmeisterverordnung – Friseur-MstrV)***

Vom 19. April 2001

Auf Grund des § 45 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074) in Verbindung mit Artikel 56 Abs. 1 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

§ 1

Gliederung und Inhalt der Meisterprüfung

Die Meisterprüfung im Friseur-Handwerk umfasst folgende selbständige Prüfungsteile:

1. die Prüfung der meisterhaften Verrichtung der gebräuchlichen Arbeiten (Teil I),
2. die Prüfung der erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse (Teil II),
3. die Prüfung der erforderlichen betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Kenntnisse (Teil III) und
4. die Prüfung der erforderlichen berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse (Teil IV).

§ 2

Meisterprüfungsberufsbild

(1) Durch die Meisterprüfung im Friseur-Handwerk wird festgestellt, dass der Prüfling befähigt ist, einen Handwerksbetrieb selbständig zu führen, Leitungsaufgaben in den Bereichen Technik, Betriebswirtschaft, Personalführung und -entwicklung wahrzunehmen, die Ausbildung durchzuführen und seine berufliche Handlungskompetenz selbständig umzusetzen und an neue Bedarfslagen in diesen Bereichen anzupassen.

(2) Dem Friseur-Handwerk werden zum Zwecke der Meisterprüfung folgende Tätigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten als ganzheitliche Qualifikationen zugerechnet:

1. Kundenwünsche ermitteln, Kunden beraten und betreuen,

2. Aufgaben der technischen und kaufmännischen Betriebsführung, der Betriebsorganisation, der Personalplanung und des Personaleinsatzes wahrnehmen, insbesondere unter Berücksichtigung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, des Qualitätsmanagements, des Arbeitsschutzes, der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes,
3. das Dienstleistungs- und Verkaufsangebot sowie das Salonkonzept unter Berücksichtigung der Nachfrage sowie der Personal- und Ausbildungssituation entwickeln, umsetzen und überwachen, Kalkulationen durchführen sowie Leistungen dokumentieren und berechnen,
4. Haarschnitte, Frisuren und Make-up unter Berücksichtigung der jeweiligen Kundenwünsche, der Farben- und Formenlehre, der Stilkunde sowie von gesellschaftlichen, kulturellen und modischen Einflüssen entwerfen und anbieten,
5. Werkzeuge, Produkte und Kosmetika nach Wirkungsweisen unterscheiden und dies beim Wareneinkauf berücksichtigen,
6. Haar und Haut im Hinblick auf Möglichkeiten der kosmetischen Behandlung untersuchen und beurteilen, entsprechende Behandlungspläne aufstellen,
7. Methoden der Haarreinigung und -pflege für den Kunden individuell auswählen,
8. haarfarbverändernde sowie haarstrukturverändernde Maßnahmen durchführen,
9. Haarschnitte sowie Rasuren und Bartschneiden ausführen,
10. Durchführung der Haarreinigung und -pflege, der Haarfarb- und Haarstrukturveränderung sowie Haarschnitte kontrollieren und überwachen,
11. Frisuren mit unterschiedlichen Methoden einschließlich Haarsersatz und -schmuck gestalten,
12. Haarovollersatz und -teilersatz anpassen, reparieren, reinigen, pflegen, färben, in seiner Struktur verändern, einschneiden und frisieren sowie Methoden der Haarerergänzung, -auffüllung und -verlängerung anwenden,
13. pflegende kosmetische Maßnahmen der Haut durchführen,

*) Erläuterungen zur Meisterprüfungsverordnung im Friseur-Handwerk werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

14. dekorative Kosmetik einschließlich Haarentfernung und Gestaltung der Wimpern vornehmen,
15. Handpflege, Maniküre sowie Nagelgestaltung durchführen.

§ 3

Gliederung, Prüfungsdauer und Bestehen des Teils I

(1) Der Teil I der Meisterprüfung umfasst folgende Prüfungsbereiche:

1. ein Meisterprüfungsprojekt und ein darauf bezogenes Fachgespräch,
2. eine Situationsaufgabe.

(2) Die Anfertigung des Meisterprüfungsprojekts soll insgesamt nicht länger als zwei Arbeitstage, das Fachgespräch nicht länger als 30 Minuten dauern. Die Ausführung der Situationsaufgabe soll acht Stunden nicht überschreiten.

(3) Meisterprüfungsprojekt, Fachgespräch und Situationsaufgabe werden gesondert bewertet. Die Prüfungsleistungen im Meisterprüfungsprojekt und im Fachgespräch werden im Verhältnis 3 : 1 gewichtet. Hieraus wird eine Gesamtbewertung gebildet. Diese Gesamtbewertung wird zum Prüfungsergebnis der Situationsaufgabe im Verhältnis 2 : 1 gewichtet.

(4) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils I der Meisterprüfung ist eine insgesamt ausreichende Prüfungsleistung, wobei die Prüfung weder im Meisterprüfungsprojekt noch im Fachgespräch noch in der Situationsaufgabe mit weniger als 30 Punkten bewertet worden sein darf.

§ 4

Meisterprüfungsprojekt

(1) Der Prüfling hat ein Meisterprüfungsprojekt durchzuführen, das einem Kundenauftrag entspricht. Der Kundenauftrag ist so zu gestalten, dass er modische Friseur- und Kosmetikdienstleistungen für einen besonderen Anlass zum Inhalt hat und folgende Elemente enthält:

1. einen Haarschnitt, eine Haarfärbung und eine Frisur für eine Dame,
2. einen Haarschnitt mit Frisur für einen Herrn,
3. eine dekorative kosmetische Behandlung und eine Nageldesignarbeit für eine Dame.

(2) Der Prüfling bestimmt den in Absatz 1 genannten besonderen Anlass und erarbeitet einen Vorschlag für das Meisterprüfungsprojekt. Vor der Durchführung des Meisterprüfungsprojekts hat er seinen Vorschlag, einschließlich einer Zeitplanung, dem Meisterprüfungsausschuss zur Genehmigung vorzulegen. Das Damen- und das Herrenmodell für das Meisterprüfungsprojekt werden vom Prüfling gestellt.

(3) Das Meisterprüfungsprojekt nach Absatz 1 besteht aus:

1. Entwurfs-, Planungs- und Berechnungsunterlagen,
2. Erstellen eines Angebots,
3. Ausführen der Arbeiten.

Die Entwurfs-, Planungs- und Berechnungsunterlagen sowie das Erstellen eines Angebots werden zusammen mit 30 vom Hundert, das Ausführen der Arbeiten mit 70 vom Hundert gewichtet. In die Bewertung des Ausführens der Arbeiten gehen die Elemente nach Absatz 1 Nr. 1 mit 50 vom Hundert, die Elemente nach Absatz 1 Nr. 2 mit 30 vom Hundert und die Elemente nach Absatz 1 Nr. 3 mit 20 vom Hundert ein.

§ 5

Fachgespräch

Auf der Grundlage der Prüfungsleistungen im Meisterprüfungsprojekt wird ein Fachgespräch geführt. Dabei soll der Prüfling zeigen, dass er die fachlichen Zusammenhänge aufzeigen kann, die dem Meisterprüfungsprojekt zugrunde liegen, den Ablauf des Meisterprüfungsprojekts begründen und mit dem Meisterprüfungsprojekt verbundene berufsbezogene Probleme sowie deren Lösungen darstellen kann und dabei in der Lage ist, neue Entwicklungen zu berücksichtigen.

§ 6

Situationsaufgabe

(1) In der Situationsaufgabe sind die wesentlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu prüfen, die im Meisterprüfungsprojekt nicht oder nur unzureichend nachgewiesen werden konnten.

(2) Als Situationsaufgabe sind sechs der nachstehend aufgeführten Arbeiten auszuführen, davon auf jeden Fall die Arbeiten nach den Nummern 1 bis 3. Die Vorschläge des Prüflings sollen bei der Auswahl der übrigen auszuführenden Arbeiten nach Möglichkeit berücksichtigt werden, soweit dies den Vorgaben des Absatzes 1 entspricht:

1. eine vom Meisterprüfungsausschuss vorgegebene Damenfrisur mit deutlicher Änderung von Form und Volumen unter Anwendung verschiedener Schnitttechniken an einem Medienrohling herstellen,
2. chemisch vorbehandeltes Haar an einem Damenmodell dauerhaft umformen und Pflegemaßnahmen anwenden; der Prüfling stellt das Modell und hat sein Arbeitsziel vorher anzugeben,
3. an einem vom Meisterprüfungsausschuss bestimmten Herrenmodell klassisch Haare schneiden,
4. Langhaar am Medium frisieren,
5. Haarerersatz am Medium einarbeiten,
6. ein vom Meisterprüfungsausschuss bestimmtes Damenmodell zur Beschaffenheit des Haars sowie zur Frisurengestaltung beraten,
7. bei einem vom Meisterprüfungsausschuss bestimmten Damenmodell die Haut beurteilen und Behandlungsvorschläge ableiten,
8. pflegende kosmetische Behandlung einschließlich Nagelpflege durchführen.

(3) Bei der Gesamtbewertung der Situationsaufgabe werden die Arbeiten nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 gegenüber den übrigen Arbeiten doppelt gewichtet.

§ 7

**Gliederung,
Prüfungsdauer und Bestehen des Teils II**

(1) Durch die Prüfung in Teil II soll der Prüfling durch Verknüpfung gestalterischer, technologischer, betriebsorganisatorischer sowie kommunikationsbezogener Kenntnisse nachweisen, dass er Aufgaben des Salonmanagements wahrnehmen und dabei Probleme analysieren und bewerten sowie geeignete Lösungswege aufzeigen und dokumentieren kann.

(2) Prüfungsfächer sind:

1. Gestaltung und Technik,
2. Salonmanagement.

(3) In jedem der Prüfungsfächer ist mindestens eine Aufgabe zu bearbeiten, die fallorientiert sein muss:

1. Gestaltung und Technik

Der Prüfling soll nachweisen, dass er in der Lage ist, Kundenwünsche zu ermitteln, Haar und Haut der Kunden zu beurteilen und unter sachgerechtem Einsatz unterschiedlicher Produkte Haarschnitte, Frisuren und kosmetische Behandlungen zu planen und zu berechnen. Bei der Aufgabenstellung sollen jeweils mehrere der nachfolgend aufgeführten Qualifikationen verknüpft werden:

- a) Möglichkeiten einer individuellen Kundenberatung aufzeigen,
- b) Haar und Haut beurteilen,
- c) Frisuren und Make-up entwerfen, dabei Farben- und Formenlehre sowie kundenindividuelle, gesellschaftliche, kulturelle und modische Einflüsse berücksichtigen,
- d) Wirkungsweise und Inhaltsstoffe unterschiedlicher Produkte beschreiben und die Auswahl für den jeweiligen Kunden begründen,
- e) Methoden von haarfärbenden und haarstrukturverändernden Maßnahmen beschreiben und beurteilen,
- f) die Anwendung unterschiedlicher Haarschneidetechniken beschreiben und begründen,
- g) Methoden der Haarpflege und der Frisurengestaltung aufzeigen und unterschiedliche Anwendungen begründen,
- h) pflegende und dekorative kosmetische Maßnahmen beschreiben und dabei die Erfordernisse unterschiedlicher Hauttypen beachten,
- i) Methoden der Nagelpflege und dekorativen Nagelbehandlung einschließlich Nageldesign aufzeigen,
- k) Möglichkeiten für Haarersatz für den Kunden individuell beurteilen und bewerten;

2. Salonmanagement

Der Prüfling soll nachweisen, dass er in der Lage ist, die Abwicklung von Aufträgen sowie Aufgaben der Betriebsführung und Betriebsorganisation in einem Friseurbetrieb wahrzunehmen und Maßnahmen, die für den technischen und wirtschaftlichen Erfolg notwendig sind, kundenorientiert einzuleiten und abzuschließen. Bei der Aufgabenstellung sollen jeweils mehrere der

nachfolgend aufgeführten Qualifikationen verknüpft werden:

- a) Anforderungen des Unfall-, Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes berücksichtigen und diesbezügliche Vorschriften anwenden,
- b) ein Salonkonzept für Kundenberatung und -betreuung entwickeln,
- c) betriebliche Kosten ermitteln,
- d) für einen vorgegebenen Salon Preise für Dienstleistungen und Handelswaren kalkulieren und festlegen; dabei sind insbesondere Kosten, Auslastung und Marktsituation zu berücksichtigen,
- e) Betriebsablauf unter Berücksichtigung von Nachfrage, Personalsituation und Arbeitszeitmodellen planen und steuern, Einsatz von Material und Geräten planen,
- f) Personalführungskonzepte für einen Friseursalon entwickeln,
- g) Erscheinungsbild, Stärken und Schwächen eines vorgegebenen Salons analysieren,
- h) Marketingmaßnahmen zur Kundenpflege und zur Gewinnung neuer Kunden für den Dienstleistungs- und Verkaufsbereich entwerfen,
- i) betriebliches Qualitätsmanagement darstellen,
- k) Informations- und Kommunikationssysteme in Bezug auf ihre betrieblichen Einsatzmöglichkeiten beschreiben und beurteilen.

(4) Die Prüfung im Teil II ist schriftlich durchzuführen. Sie soll insgesamt nicht länger als sechs Stunden dauern.

(5) Die schriftliche Prüfung ist in einem der in Absatz 2 genannten Prüfungsfächer auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses durch eine mündliche Prüfung zu ergänzen (Ergänzungsprüfung), wenn dies das Bestehen des Teils II der Meisterprüfung ermöglicht. Die Ergänzungsprüfung soll je Prüfling nicht länger als 20 Minuten dauern. In diesem Prüfungsfach sind die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung und der Ergänzungsprüfung im Verhältnis 2 : 1 zu gewichten.

(6) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils II der Meisterprüfung ist eine insgesamt ausreichende Prüfungsleistung. Ist die Prüfung in einem Prüfungsfach auch nach einer Ergänzungsprüfung mit weniger als 30 Punkten bewertet worden, so ist die Prüfung des Teils II nicht bestanden.

§ 8

Weitere Anforderungen

Die Prüfungsanforderungen in den Teilen III und IV sowie die Regelungen über das Bestehen der Meisterprüfung bestimmen sich nach der Verordnung über gemeinsame Anforderungen in der Meisterprüfung im Handwerk vom 18. Juli 2000 (BGBl. I S. 1078) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9

Übergangsvorschrift

(1) Die bis zum 31. August 2001 begonnenen Prüfungsverfahren werden auf Antrag des Prüflings nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt. Bei der Anmeldung zur Prüfung bis zum Ablauf des 28. Februar 2002 sind

auf Antrag des Prüflings die bisherigen Vorschriften anzuwenden.

(2) Prüflinge, die die Prüfung nach den bis zum 31. August 2001 geltenden Vorschriften nicht bestanden haben und sich bis zum 31. August 2003 zu einer Wiederholungsprüfung anmelden, können auf Antrag die Wiederholungsprüfung nach den bis zum 31. August 2001 geltenden Vorschriften ablegen.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das Berufsbild und über die Prüfungsanforderungen im praktischen Teil und im fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung für das Friseur-Handwerk vom 12. Februar 1975 (BGBl. I S. 486) außer Kraft.

Berlin, den 19. April 2001

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
In Vertretung
Tacke

**Verordnung
über die Berufsausbildung
zum Berufskraftfahrer/zur Berufskraftfahrerin*)
(Berufskraftfahrer-Ausbildungsverordnung – BKV)**

Vom 19. April 2001

Auf Grund des § 25 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), der zuletzt durch Artikel 35 der Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 56 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) verordnen das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

8. Rechtsvorschriften im Straßenverkehr,
9. Kundenorientiertes Verhalten,
10. Verhalten nach Unfällen und Zwischenfällen,
11. Betriebliche Planung und Logistik,
12. Beförderungsbezogene Kostenrechnung und Vertragsabwicklung,
13. Qualitätssichernde Maßnahmen.

§ 4

Ausbildungsrahmenplan

(1) Die in § 3 genannten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen nach der in der Anlage enthaltenen Anleitung zur sachlichen und zeitlichen Gliederung der Berufsausbildung (Ausbildungsrahmenplan) vermittelt werden. Eine vom Ausbildungsrahmenplan abweichende sachliche und zeitliche Gliederung des Ausbildungsinhaltes ist insbesondere zulässig, soweit betriebspraktische Besonderheiten die Abweichung erfordern.

(2) Die in dieser Verordnung genannten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen so vermittelt werden, dass der Auszubildende zur Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit im Sinne des § 1 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes befähigt wird, die insbesondere selbständiges Planen, Durchführen und Kontrollieren einschließt. Diese Befähigung ist auch in den Prüfungen nach den §§ 7 und 8 nachzuweisen.

§ 5

Ausbildungsplan

Der Ausbildende hat unter Zugrundelegung des Ausbildungsrahmenplans für den Auszubildenden einen Ausbildungsplan zu erstellen.

§ 6

Berichtsheft

Der Auszubildende hat ein Berichtsheft in Form eines Ausbildungsnachweises zu führen. Ihm ist Gelegenheit zu geben, das Berichtsheft während der Ausbildungszeit zu führen. Der Ausbildende hat das Berichtsheft regelmäßig durchzusehen.

§ 1

Staatliche Anerkennung des Ausbildungsberufes

Der Ausbildungsberuf Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin wird staatlich anerkannt.

§ 2

Ausbildungsdauer

Die Ausbildung dauert drei Jahre.

§ 3

Ausbildungsberufsbild

Gegenstand der Berufsausbildung sind mindestens die Vermittlung der folgenden Fertigkeiten und Kenntnisse:

1. Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht,
2. Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes,
3. Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,
4. Umweltschutz,
5. Kontrollieren, Warten und Pflegen der Fahrzeuge,
6. Vorbereiten und Durchführen der Beförderung,
7. Verkehrssicherheit, Führen von Fahrzeugen auf öffentlichen Straßen,

*) Diese Rechtsverordnung ist eine Ausbildungsordnung im Sinne des § 25 des Berufsbildungsgesetzes. Die Ausbildungsordnung und der damit abgestimmte, von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossene Rahmenlehrplan für die Berufsschule werden demnächst als Beilage zum Bundesanzeiger veröffentlicht.

§ 7

Zwischenprüfung

(1) Zur Ermittlung des Ausbildungsstandes ist eine Zwischenprüfung durchzuführen. Sie soll vor dem Ende des zweiten Ausbildungsjahres stattfinden.

(2) Die Zwischenprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage zu dieser Verordnung für die ersten 18 Monate aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht entsprechend dem Rahmenlehrplan zu vermittelnden Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(3) Der Prüfling soll in höchstens drei Stunden vier praktische Aufgaben ausführen. Dabei soll der Prüfling zeigen, dass er die Arbeitsschritte selbstständig planen sowie Maßnahmen zum Umweltschutz, zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit und zur Wirtschaftlichkeit ergreifen kann. Für die praktischen Aufgaben kommen insbesondere in Betracht:

1. Kontrollieren, Warten und Pflegen der Fahrzeuge,
2. Verhalten nach Unfällen und Zwischenfällen,
3. Erstellen einer Fahrtenroute,
4. beförderungsbezogene Kostenrechnung und Vertragsabwicklung.

§ 8

Abschlussprüfung

(1) Die Abschlussprüfung erstreckt sich auf die in der Anlage aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sowie auf den im Berufsschulunterricht vermittelten Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

(2) Der Prüfling soll im praktischen Teil der Prüfung in insgesamt fünf Stunden eine praktische Aufgabe I sowie vier praktische Aufgaben II ausführen. Dabei soll der Prüfling zeigen, dass er Arbeitsabläufe selbstständig planen, durchführen und kontrollieren und dabei Maßnahmen zur Arbeitsorganisation, zum Umweltschutz, zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit, zur Wirtschaftlichkeit sowie qualitätssichernde Maßnahmen ergreifen kann.

Für die praktische Aufgabe I kommen insbesondere in Betracht:

Verkehrssicheres Führen einer Fahrzeugkombination oder eines Sattelkraftfahrzeuges der Klasse CE mit einer Mindestlänge von 16 Metern oder eines Fahrzeuges der Klasse D mit einer Mindestlänge von 11,80 Metern auf öffentlichen Straßen.

Für die vier praktischen Aufgaben II kommen insbesondere in Betracht:

1. Feststellen und Beschreiben von Fehlern und Mängeln am Fahrzeug sowie Ergreifen von Maßnahmen zur Fehlerbeseitigung,
2. Durchführen einer Abfahrtkontrolle,
3. Vorbereitung einer Beförderung, insbesondere
 - a) Kontrollieren von Transportgütern auf Mängel und Schäden sowie Durchführen der Ladungssicherung,
 - b) Kontrollieren von Gepäck auf Mängel und Schäden sowie Sicherstellen der Fahrgastsicherheit,

4. Situationsbezogenes Führen eines Kundengesprächs. Bei der Aufgabenstellung ist der Ausbildungsschwerpunkt des Ausbildungsbetriebes zu berücksichtigen.

(3) Der Prüfling soll im schriftlichen Teil der Prüfung in den Prüfungsbereichen Beförderung, betriebliche Planung und Logistik sowie Wirtschafts- und Sozialkunde geprüft werden. In den Prüfungsbereichen Beförderung sowie betriebliche Planung und Logistik soll der Prüfling zeigen, dass er insbesondere durch Verknüpfung von arbeitsorganisatorischen, technologischen, wirtschaftlichen, logistischen und rechtlichen Inhalten praxisbezogene Fälle kundenorientiert lösen kann. Dabei sollen die Sicherheit und der Gesundheitsschutz bei der Arbeit, der Umweltschutz sowie qualitätssichernde Maßnahmen einbezogen werden. Es kommen Aufgaben insbesondere aus folgenden Gebieten in Betracht:

1. im Prüfungsbereich Beförderung:
 - a) Analysieren von Kundenanforderungen, Entwickeln und Festlegen von Lösungskonzepten unter Einsatz geeigneter Fahrzeuge,
 - b) Sicherstellen der Verkehrs- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge, der Ladung und Besetzung, Fahrzeugtechnik,
 - c) Rechtsvorschriften im Straßenverkehr;
2. im Prüfungsbereich betriebliche Planung und Logistik:
 - a) Erstellen von Beförderungskonzeptionen,
 - b) Planen des Einsatzes von Personal und Sachmitteln;
3. im Prüfungsbereich Wirtschafts- und Sozialkunde:

allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge aus der Berufs- und Arbeitswelt.

(4) Der schriftliche Teil der Prüfung dauert höchstens:

- | | |
|---|--------------|
| 1. im Prüfungsbereich Beförderung | 120 Minuten, |
| 2. im Prüfungsbereich betriebliche Planung und Logistik | 120 Minuten, |
| 3. im Prüfungsbereich Wirtschafts- und Sozialkunde | 60 Minuten. |

(5) Der schriftliche Teil der Prüfung ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in einzelnen Prüfungsbereichen durch eine mündliche Prüfung zu ergänzen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung den Ausschlag geben kann. Bei der Ermittlung des Ergebnisses für die mündlich geprüften Prüfungsbereiche sind die jeweiligen bisherigen Ergebnisse und die entsprechenden Ergebnisse der mündlichen Ergänzungsprüfung im Verhältnis 2 : 1 zu gewichten.

(6) Innerhalb des schriftlichen Teils der Prüfung sind die Prüfungsbereiche wie folgt zu gewichten:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Prüfungsbereich Beförderung | 40 Prozent, |
| 2. Prüfungsbereich betriebliche Planung und Logistik | 40 Prozent, |
| 3. Prüfungsbereich Wirtschafts- und Sozialkunde | 20 Prozent. |

(7) Die Prüfung ist bestanden, wenn jeweils im praktischen und im schriftlichen Teil der Prüfung sowie innerhalb des praktischen Teils der Prüfung in der praktischen Aufgabe I sowie innerhalb des schriftlichen Teils der Prüfung im Prüfungsbereich Beförderung oder im Prüfungsbereich betriebliche Planung und Logistik mindestens

ausreichende Leistungen erbracht sind. Werden die Prüfungsleistungen in einer der praktischen Aufgaben oder in einem der Prüfungsbereiche mit ungenügend bewertet, so ist die Prüfung nicht bestanden.

§ 9

Übergangsregelung

Auf Berufsausbildungsverhältnisse, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehen, sind die bisherigen Vorschriften weiter anzuwenden, es sei denn, die Vertrags-

parteien vereinbaren die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer vom 26. Oktober 1973 (BGBl. I S. 1518) außer Kraft.

Berlin, den 19. April 2001

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
In Vertretung
Nagel

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
In Vertretung
Tacke

Ausbildungsrahmenplan
für die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer/zur Berufskraftfahrerin

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	Fertigkeiten und Kenntnisse, die unter Einbeziehung selbständigen Planens, Durchführens und Kontrollierens zu vermitteln sind	Zeitliche Richtwerte in Wochen im	
			1.–18. Monat	19.–36. Monat
1	2	3	4	
1	Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht (§ 3 Nr. 1)	<ul style="list-style-type: none"> a) Bedeutung des Ausbildungsvertrages, insbesondere Abschluss, Dauer und Beendigung, erklären b) gegenseitige Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsvertrag nennen c) Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung nennen d) wesentliche Teile des Arbeitsvertrages nennen e) wesentliche Bestimmungen der für den ausbildenden Betrieb geltenden Tarifverträge nennen 	während der gesamten Ausbildung zu vermitteln	
2	Aufbau und Organisation des Ausbildungsbetriebes (§ 3 Nr. 2)	<ul style="list-style-type: none"> a) Aufbau und Aufgaben des ausbildenden Betriebes erläutern b) Grundfunktionen des ausbildenden Betriebes wie Angebot, Beschaffung, Absatz und Verwaltung erklären c) Beziehungen des ausbildenden Betriebes und seiner Beschäftigten zu Wirtschaftsorganisationen, Berufsvertretungen und Gewerkschaften nennen d) Grundlagen, Aufgaben und Arbeitsweise der betriebsverfassungs- oder personalvertretungsrechtlichen Organe des ausbildenden Betriebes beschreiben 		
3	Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (§ 3 Nr. 3)	<ul style="list-style-type: none"> a) Gefährdung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz feststellen und Maßnahmen zu ihrer Vermeidung ergreifen b) berufsbezogene Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften anwenden c) Verhaltensweisen bei Unfällen beschreiben sowie erste Maßnahmen einleiten d) Vorschriften des vorbeugenden Brandschutzes anwenden; Verhaltensweisen bei Bränden beschreiben und Maßnahmen zur Brandbekämpfung ergreifen 		
4	Umweltschutz (§ 3 Nr. 4)	<p>Zur Vermeidung betriebsbedingter Umweltbelastungen im beruflichen Einwirkungsbereich beitragen, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> a) mögliche Umweltbelastungen durch den Ausbildungsbetrieb und seinen Beitrag zum Umweltschutz an Beispielen erklären b) für den Ausbildungsbetrieb geltende Regelungen des Umweltschutzes anwenden c) Möglichkeiten der wirtschaftlichen und umweltschonenden Energie- und Materialverwendung nutzen d) Abfälle vermeiden; Stoffe und Materialien einer umweltschonenden Entsorgung zuführen 		

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	Fertigkeiten und Kenntnisse, die unter Einbeziehung selbständigen Planens, Durchführens und Kontrollierens zu vermitteln sind	Zeitliche Richtwerte in Wochen im	
			1.–18. Monat	19.–36. Monat
1	2	3	4	
5	Kontrollieren, Warten und Pflegen der Fahrzeuge (§ 3 Nr. 5)	a) Funktionsweise der Fahrzeuge, insbesondere Motor, Kraftübertragung, Fahrwerk, Aufbau, mechanische, elektrische, pneumatische und hydraulische Systeme, erklären b) Betriebsanleitungen anwenden c) Verkehrssicherheit beurteilen, insbesondere durch Sichtkontrolle bei Aufbau und Rädern, Motor und Kraftübertragungselementen, Beschilderung, Zubehör, Sicherungs- und Sicherheitsmitteln d) Fahrzeuge und Zubehör warten und pflegen e) Betriebsstoffe kontrollieren, wechseln, auffüllen und der Entsorgung zuführen	17	
		f) Dichtheit der Systeme sowie Funktionsfähigkeit von elektrischen Anlagen, Kontrolleinrichtungen und Bremsanlagen prüfen g) Übernahme- und Abfahrtkontrolle durchführen h) Arbeitsplatz ergonomisch einrichten i) Fehler und Mängel feststellen, beschreiben und Maßnahmen zu deren Beseitigung ergreifen		15
6	Vorbereiten und Durchführen der Beförderung (§ 3 Nr. 6)	a) Fahrzeuge und Hilfsmittel dem Verwendungszweck zuordnen b) An- und Aufbauteile anbringen und abnehmen	6	
		c) transportspezifische Skizzen anfertigen d) Transportgut oder Gepäck annehmen, nach Art und Menge sowie hinsichtlich offener Mängel prüfen; bei Beanstandungen Maßnahmen einleiten e) Fahrgastsicherheit feststellen oder Fahrzeugbeladung und Ladesicherung unter Berücksichtigung der Gewichtsverteilung und Höchstladung planen und durchführen f) ergonomische Arbeitsweisen anwenden g) Fahrzeug- und Beförderungspapiere auf Gültigkeit und Vollständigkeit prüfen h) Beförderung sicher und wirtschaftlich durchführen und Maßnahmen bei besonderen Vorkommnissen ergreifen		20
7	Verkehrssicherheit, Führen von Fahrzeugen auf öffentlichen Straßen (§ 3 Nr. 7)	a) Einfluss physikalischer und fahrtechnischer Parameter auf die Verkehrssicherheit beurteilen b) Fahrverhalten entsprechend den Gefahrenquellen im Straßenverkehr ausrichten c) Kontrollinstrumente ablesen und bedienen, Informationen auswerten und Maßnahmen ergreifen d) Faktoren, die die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen, beachten e) Fahrzeugkombination und Sattelkraftfahrzeug der Klasse CE mit einer Mindestlänge von 16 m oder Fahrzeuge der Klasse D mit einer Mindestlänge von 11,80 m auf öffentlichen Straßen innerhalb und außerhalb geschlossener Ortschaften sicher und wirtschaftlich führen		22

Lfd. Nr.	Teil des Ausbildungsberufsbildes	Fertigkeiten und Kenntnisse, die unter Einbeziehung selbständigen Planens, Durchführens und Kontrollierens zu vermitteln sind	Zeitliche Richtwerte in Wochen im	
			1.–18. Monat	19.–36. Monat
1	2	3	4	
8	Rechtsvorschriften im Straßenverkehr (§ 3 Nr. 8)	a) Sozialvorschriften einhalten	6*)	
		b) verkehrsspezifische Rechtsvorschriften im Inland und in den Ziel- und Durchfahrtsländern einhalten		11*)
		c) beförderungsspezifische Vorschriften einhalten		
9	Kundenorientiertes Verhalten (§ 3 Nr. 9)	a) Gespräche situationsbezogen führen b) fremdsprachige Fachbegriffe anwenden	6	
		c) Kommunikationsformen situationsbezogen anwenden d) Möglichkeiten der Konfliktregelung anwenden e) betriebliche Erfordernisse und Kundenwünsche in Einklang bringen		6
10	Verhalten nach Unfällen und Zwischenfällen (§ 3 Nr. 10)	a) Unfallstellen, Gefahrenstellen und Fahrzeuge absichern b) Maßnahmen der ersten Hilfe leisten c) frei werdende Stoffe hinsichtlich der Umweltgefährdung und Sicherheit beurteilen sowie Maßnahmen ergreifen d) Unfälle und Zwischenfälle melden, insbesondere Angaben zu Verletzten, Schäden und Gefahren machen e) Spuren sichern, Unfallskizze und Unfallbericht anfertigen	6	
11	Betriebliche Planung und Logistik (§ 3 Nr. 11)	a) Funktion des Betriebes in der logistischen Kette beachten b) Arbeitsaufträge unter Beachtung betrieblicher Vorgaben in Arbeitsschritte umsetzen c) Straßenkarten und Stadtpläne anwenden d) Informations- und Kommunikationstechniken anwenden e) Informationen für die Fahrtenplanung beschaffen und auswerten f) Termine planen und abstimmen g) Einsatz von Personal und Sachmitteln planen h) Fahrten unter wirtschaftlichen Aspekten planen und organisieren	25	
12	Beförderungsbezogene Kostenrechnung und Vertragsabwicklung (§ 3 Nr. 12)	a) Einflussfaktoren von Betriebskosten der Fahrzeuge berücksichtigen b) formalisierte Beförderungsverträge abschließen c) Abrechnungen durchführen d) erbrachte Leistungen dokumentieren	12	
13	Qualitätssichernde Maßnahmen (§ 3 Nr. 13)	a) Ziele, Aufgaben und Bedeutung qualitätssichernder Maßnahmen anhand betrieblicher Beispiele erläutern b) qualitätssichernde Maßnahmen im eigenen Arbeitsbereich ausführen, insbesondere zur kontinuierlichen Verbesserung von Arbeitsvorgängen im eigenen Arbeitsbereich beitragen		4*)

*) Im Zusammenhang mit anderen Ausbildungsinhalten zu vermitteln.

Bekanntmachung
nach Artikel 4 Abs. 3 des Bundesbesoldungs- und
-versorgungsanpassungsgesetzes 2000 und nach § 2 Abs. 1
und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

Vom 20. April 2001

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 3 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 vom 19. April 2000 (BGBl. I S. 618) und des § 13 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764) werden bekannt gemacht

1. als Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 die sich zum 1. Januar 2001 ergebenden Anlagen IV bis VII, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in Deutscher Mark,
2. als Anlagen 6 bis 8i, 9 und 10 die sich zum 1. Januar 2002 ergebenden Anlagen IV bis VII, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in Euro,
3. als Anlagen 11 bis 14 die sich zum 1. August 2000 nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung ergebenden Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in Deutscher Mark,
4. als Anlagen 15 bis 18 die sich zum 1. Januar 2001 nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung ergebenden Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in Deutscher Mark,
5. als Anlagen 19 bis 22 die sich zum 1. Januar 2002 nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung ergebenden Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in Euro.

Berlin, den 20. April 2001

Der Bundesminister des Innern
Schily

Gültig ab 1. Januar 2001

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	2 560,84	2 626,59	2 692,35	2 758,10	2 823,86	2 889,61	2 955,36					
A 2	2 701,51	2 766,76	2 831,99	2 897,25	2 962,49	3 027,76	3 093,00					
A 3	2 814,19	2 883,62	2 953,04	3 022,47	3 091,90	3 161,33	3 230,76					
A 4	2 878,12	2 959,87	3 041,59	3 123,34	3 205,08	3 286,81	3 368,55					
A 5	2 901,37	3 006,02	3 087,35	3 168,66	3 249,98	3 331,29	3 412,61	3 493,93				
A 6	2 970,06	3 059,35	3 148,64	3 237,92	3 327,21	3 416,50	3 505,80	3 595,08	3 684,37			
A 7	3 100,60	3 180,85	3 293,20	3 405,56	3 517,89	3 630,25	3 742,59	3 822,83	3 903,08	3 983,35		
A 8		3 294,85	3 390,84	3 534,82	3 678,80	3 822,77	3 966,76	4 062,75	4 158,73	4 254,73	4 350,71	
A 9		3 510,39	3 604,83	3 758,48	3 912,15	4 065,81	4 219,48	4 325,12	4 430,75	4 536,39	4 642,03	
A 10		3 782,45	3 913,71	4 110,58	4 307,46	4 504,33	4 701,21	4 832,47	4 963,72	5 094,96	5 226,21	
A 11			4 360,18	4 561,91	4 763,64	4 965,38	5 167,11	5 301,60	5 436,09	5 570,59	5 705,09	5 839,56
A 12			4 689,17	4 929,70	5 170,20	5 410,71	5 651,24	5 811,58	5 971,92	6 132,26	6 292,61	6 452,95
A 13			5 278,07	5 537,80	5 797,51	6 057,23	6 316,95	6 490,10	6 663,25	6 836,40	7 009,54	7 182,69
A 14			5 493,25	5 830,05	6 166,84	6 503,64	6 840,42	7 064,96	7 289,50	7 514,03	7 738,56	7 963,09
A 15						7 151,90	7 522,20	7 818,43	8 114,66	8 410,90	8 707,13	9 003,37
A 16						7 899,05	8 327,31	8 669,91	9 012,54	9 355,13	9 697,75	10 040,36

Gültig ab 1. Januar 2001

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	9 003,37
B 2	10 473,84
B 3	11 096,32
B 4	11 748,31
B 5	12 496,31
B 6	13 202,69
B 7	13 889,81
B 8	14 605,99
B 9	15 495,22
B 10	18 256,57
B 11	19 813,89

Gültig ab 1. Januar 2001

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4 931,77	5 104,92	5 278,07	5 451,22	5 624,37	5 797,51	5 970,65	6 143,81	6 316,95	6 490,10	6 663,25	6 836,40	7 009,54	7 182,69	
C 2	4 942,56	5 218,51	5 494,46	5 770,40	6 046,34	6 322,28	6 598,23	6 874,17	7 150,11	7 426,06	7 701,98	7 977,92	8 253,86	8 529,81	8 805,75
C 3	5 442,61	5 755,06	6 067,49	6 379,94	6 692,38	7 004,83	7 317,27	7 629,72	7 942,16	8 254,61	8 567,04	8 879,48	9 191,93	9 504,38	9 816,82
C 4	6 913,56	7 227,64	7 541,72	7 855,80	8 169,89	8 483,96	8 798,04	9 112,12	9 426,20	9 740,27	10 054,37	10 368,44	10 682,53	10 996,60	11 310,69

Gültig ab 1. Januar 2001

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	5 668,25	5 927,98	6 064,72	6 417,43	6 770,13	7 122,83	7 475,54	7 828,24	8 180,94	8 533,65	8 886,36	9 239,05
R 2			6 909,00	7 261,72	7 614,41	7 967,11	8 319,83	8 672,53	9 025,23	9 377,93	9 730,64	10 083,33
R 3	11 096,32											
R 4	11 748,31											
R 5	12 496,31											
R 6	13 202,69											
R 7	13 889,81											
R 8	14 605,99											
R 9	15 495,22											
R 10	19 043,76											

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	183,62	348,60
übrige Besoldungsgruppen	192,84	357,82

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 164,98 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 218,83 DM*).

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 170,72 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 181,22 DM.

*) Nach Maßgabe des Artikels 5 des Gesetzes zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1786) ist der Betrag für das Jahr 2001 um 203,60 DM zu erhöhen.

Anlage 3a
(Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 624	1 916	2 213	2 507	2 804	3 100	3 393	3 691	3 982	4 279	4 574	4 868
A 9	1 909	2 226	2 541	2 859	3 178	3 494	3 811	4 129	4 445	4 762	5 078	5 395
A 10	2 155	2 487	2 815	3 145	3 474	3 805	4 134	4 463	4 790	5 119	5 450	5 779
A 11	2 346	2 692	3 034	3 378	3 721	4 064	4 409	4 752	5 097	5 439	5 783	6 125
A 12	2 612	2 976	3 340	3 705	4 068	4 434	4 797	5 162	5 526	5 891	6 256	6 620
A 13	2 872	3 252	3 629	4 008	4 386	4 765	5 144	5 522	5 902	6 279	6 658	7 036
A 14	3 137	3 529	3 921	4 313	4 705	5 098	5 489	5 880	6 272	6 664	7 055	7 446
A 15	3 505	3 929	4 352	4 775	5 198	5 622	6 044	6 469	6 892	7 316	7 739	8 162
A 16 bis B 2	3 704	4 148	4 593	5 037	5 483	5 926	6 371	6 816	7 260	7 706	8 150	8 593
B 3 und B 4	3 704	4 164	4 629	5 095	5 560	6 027	6 493	6 959	7 424	7 890	8 356	8 821
B 5 bis B 7	4 079	4 595	5 111	5 627	6 143	6 659	7 175	7 690	8 208	8 722	9 237	9 756
B 8 und höher	4 369	4 952	5 534	6 117	6 699	7 282	7 866	8 448	9 031	9 613	10 196	10 778

Anlage 3b
(Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 381	1 630	1 880	2 131	2 384	2 635	2 884	3 136	3 385	3 638	3 888	4 138
A 9	1 622	1 893	2 160	2 430	2 702	2 970	3 240	3 510	3 778	4 048	4 316	4 584
A 10	1 832	2 115	2 394	2 674	2 955	3 234	3 514	3 794	4 071	4 352	4 633	4 912
A 11	1 995	2 287	2 579	2 871	3 164	3 456	3 748	4 040	4 331	4 623	4 916	5 206
A 12	2 219	2 530	2 839	3 148	3 459	3 769	4 077	4 387	4 698	5 007	5 318	5 627
A 13	2 442	2 764	3 084	3 407	3 728	4 050	4 372	4 693	5 017	5 337	5 659	5 981
A 14	2 667	3 000	3 332	3 667	3 999	4 332	4 664	4 998	5 331	5 664	5 997	6 329
A 15	2 979	3 339	3 698	4 059	4 420	4 778	5 137	5 499	5 859	6 219	6 578	6 939
A 16 bis B 2	3 147	3 525	3 903	4 282	4 659	5 037	5 416	5 793	6 172	6 551	6 927	7 305
B 3 und B 4	3 147	3 540	3 935	4 331	4 726	5 122	5 519	5 914	6 310	6 706	7 101	7 497
B 5 bis B 7	3 468	3 905	4 344	4 783	5 221	5 660	6 099	6 538	6 976	7 415	7 852	8 292
B 8 und höher	3 714	4 209	4 705	5 200	5 696	6 189	6 685	7 180	7 675	8 170	8 666	9 162

Anlage 3c

(Anlage VIc des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 138	1 341	1 550	1 755	1 963	2 169	2 376	2 584	2 788	2 996	3 202	3 408
A 9	1 336	1 557	1 779	2 000	2 225	2 446	2 668	2 890	3 112	3 332	3 555	3 776
A 10	1 510	1 741	1 971	2 203	2 433	2 664	2 894	3 124	3 355	3 584	3 814	4 046
A 11	1 643	1 883	2 124	2 365	2 606	2 845	3 085	3 326	3 567	3 806	4 048	4 288
A 12	1 828	2 083	2 337	2 594	2 848	3 103	3 359	3 612	3 868	4 124	4 379	4 635
A 13	2 010	2 275	2 540	2 805	3 071	3 335	3 600	3 865	4 131	4 395	4 661	4 925
A 14	2 197	2 471	2 744	3 018	3 294	3 568	3 842	4 116	4 390	4 664	4 938	5 213
A 15	2 453	2 749	3 046	3 343	3 639	3 936	4 232	4 528	4 825	5 121	5 418	5 713
A 16 bis B 2	2 593	2 904	3 214	3 525	3 838	4 149	4 459	4 771	5 082	5 395	5 705	6 016
B 3 und B 4	2 593	2 914	3 240	3 566	3 892	4 220	4 544	4 869	5 196	5 523	5 848	6 175
B 5 bis B 7	2 856	3 216	3 578	3 939	4 300	4 661	5 023	5 383	5 746	6 105	6 467	6 829
B 8 und höher	3 058	3 466	3 874	4 282	4 690	5 099	5 506	5 914	6 321	6 729	7 138	7 545

Anlage 3d

(Anlage VI d des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	796	939	1 084	1 229	1 374	1 519	1 662	1 809	1 951	2 098	2 241	2 386
A 9	935	1 090	1 245	1 400	1 557	1 712	1 868	2 023	2 177	2 332	2 489	2 642
A 10	1 057	1 219	1 380	1 541	1 703	1 865	2 027	2 188	2 348	2 508	2 670	2 831
A 11	1 149	1 319	1 486	1 655	1 823	1 992	2 160	2 328	2 497	2 665	2 833	3 001
A 12	1 279	1 458	1 638	1 815	1 994	2 171	2 351	2 530	2 708	2 886	3 065	3 243
A 13	1 407	1 592	1 778	1 964	2 149	2 334	2 521	2 706	2 892	3 077	3 263	3 449
A 14	1 538	1 730	1 921	2 114	2 306	2 498	2 690	2 881	3 073	3 265	3 457	3 649
A 15	1 718	1 925	2 132	2 339	2 546	2 753	2 963	3 171	3 377	3 585	3 792	4 000
A 16 bis B 2	1 815	2 033	2 250	2 467	2 687	2 904	3 122	3 340	3 558	3 776	3 993	4 210
B 3 und B 4	1 815	2 040	2 269	2 497	2 724	2 952	3 182	3 409	3 638	3 865	4 095	4 323
B 5 bis B 7	1 999	2 251	2 504	2 757	3 010	3 263	3 516	3 769	4 022	4 274	4 527	4 779
B 8 und höher	2 141	2 426	2 712	2 997	3 283	3 568	3 854	4 139	4 426	4 710	4 996	5 282

Anlage 3e
(Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft oder Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	967	1 140	1 317	1 491	1 668	1 844	2 020	2 197	2 370	2 546	2 721	2 898
A 9	1 136	1 324	1 513	1 701	1 892	2 078	2 269	2 456	2 645	2 833	3 021	3 209
A 10	1 282	1 479	1 675	1 872	2 067	2 265	2 459	2 655	2 850	3 046	3 243	3 439
A 11	1 396	1 601	1 806	2 010	2 214	2 418	2 624	2 827	3 032	3 236	3 441	3 645
A 12	1 554	1 771	1 988	2 204	2 420	2 637	2 855	3 071	3 289	3 505	3 721	3 939
A 13	1 709	1 935	2 159	2 385	2 610	2 834	3 060	3 286	3 511	3 736	3 962	4 187
A 14	1 867	2 102	2 332	2 566	2 799	3 033	3 265	3 498	3 731	3 965	4 197	4 432
A 15	2 085	2 336	2 589	2 841	3 094	3 345	3 597	3 849	4 101	4 353	4 605	4 856
A 16 bis B 2	2 204	2 467	2 733	2 997	3 262	3 526	3 791	4 055	4 320	4 584	4 849	5 113
B 3 und B 4	2 204	2 478	2 753	3 032	3 308	3 587	3 863	4 140	4 418	4 694	4 971	5 248
B 5 bis B 7	2 427	2 734	3 041	3 348	3 654	3 963	4 269	4 576	4 882	5 190	5 497	5 804
B 8 und höher	2 601	2 946	3 294	3 640	3 986	4 333	4 680	5 027	5 372	5 719	6 066	6 414

Anlage 3f
(Anlage VI f des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 799	2 105	2 407	2 713	3 013	3 318	3 623	3 929	4 232	4 534	4 838	5 144
A 9	2 108	2 433	2 761	3 084	3 410	3 735	4 060	4 388	4 713	5 038	5 366	5 692
A 10	2 383	2 722	3 060	3 396	3 734	4 073	4 411	4 749	5 089	5 425	5 763	6 102
A 11	2 594	2 948	3 303	3 657	4 012	4 367	4 721	5 075	5 430	5 785	6 140	6 494
A 12	2 884	3 259	3 633	4 007	4 381	4 755	5 129	5 504	5 878	6 252	6 626	7 000
A 13	3 173	3 563	3 953	4 344	4 735	5 124	5 515	5 907	6 298	6 687	7 078	7 470
A 14	3 464	3 867	4 271	4 675	5 079	5 484	5 887	6 290	6 693	7 097	7 500	7 906
A 15	3 872	4 311	4 750	5 189	5 627	6 066	6 505	6 944	7 383	7 821	8 258	8 699
A 16 bis B 2	4 106	4 566	5 027	5 488	5 946	6 406	6 865	7 326	7 785	8 245	8 706	9 166
B 3 und B 4	4 107	4 591	5 074	5 557	6 040	6 523	7 007	7 490	7 973	8 456	8 940	9 422
B 5 bis B 7	4 579	5 110	5 641	6 173	6 704	7 235	7 766	8 298	8 828	9 360	9 891	10 423
B 8 und höher	4 939	5 538	6 139	6 740	7 340	7 939	8 540	9 139	9 739	10 341		

Anlage 3g

(Anlage VIg des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 545	1 800	2 059	2 316	2 574	2 833	3 089	3 348	3 607	3 862	4 122	4 376
A 9	1 804	2 078	2 361	2 636	2 912	3 188	3 464	3 739	4 016	4 294	4 570	4 846
A 10	2 041	2 331	2 619	2 910	3 198	3 485	3 774	4 061	4 353	4 640	4 928	5 218
A 11	2 226	2 528	2 829	3 131	3 433	3 735	4 037	4 340	4 641	4 943	5 245	5 547
A 12	2 477	2 793	3 111	3 428	3 746	4 062	4 380	4 698	5 016	5 332	5 649	5 966
A 13	2 725	3 057	3 388	3 719	4 052	4 383	4 714	5 045	5 378	5 709	6 040	6 372
A 14	2 973	3 314	3 657	4 000	4 343	4 685	5 028	5 369	5 712	6 056	6 397	6 741
A 15	3 325	3 697	4 068	4 441	4 814	5 186	5 557	5 928	6 302	6 674	7 046	7 417
A 16 bis B 2	3 527	3 918	4 307	4 698	5 088	5 479	5 867	6 258	6 648	7 038	7 428	7 818
B 3 und B 4	3 536	3 945	4 356	4 766	5 175	5 586	5 996	6 406	6 816	7 227	7 637	8 046
B 5 bis B 7	3 943	4 394	4 847	5 298	5 750	6 200	6 652	7 103	7 556	8 007	8 458	8 910
B 8 und höher	4 259	4 768	5 279	5 787	6 298	6 807	7 316	7 826	8 335	8 844		

Anlage 3h

(Anlage VIh des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 293	1 508	1 717	1 930	2 141	2 352	2 564	2 776	2 989	3 200	3 411	3 623
A 9	1 513	1 741	1 971	2 197	2 427	2 656	2 885	3 117	3 346	3 575	3 805	4 035
A 10	1 711	1 946	2 183	2 416	2 652	2 888	3 125	3 361	3 596	3 833	4 066	4 302
A 11	1 863	2 114	2 363	2 612	2 862	3 111	3 361	3 609	3 859	4 108	4 358	4 608
A 12	2 070	2 333	2 597	2 860	3 122	3 384	3 647	3 908	4 173	4 435	4 698	4 959
A 13	2 281	2 550	2 823	3 095	3 367	3 637	3 907	4 180	4 451	4 722	4 994	5 265
A 14	2 491	2 773	3 053	3 333	3 614	3 896	4 178	4 458	4 740	5 022	5 302	5 584
A 15	2 785	3 093	3 399	3 707	4 014	4 322	4 629	4 937	5 244	5 551	5 860	6 167
A 16 bis B 2	2 957	3 279	3 600	3 924	4 245	4 567	4 891	5 212	5 534	5 855	6 179	6 501
B 3 und B 4	2 965	3 303	3 641	3 979	4 317	4 655	4 994	5 331	5 670	6 008	6 347	6 684
B 5 bis B 7	3 313	3 685	4 055	4 427	4 797	5 168	5 538	5 910	6 281	6 651	7 023	7 393
B 8 und höher	3 584	4 004	4 427	4 848	5 268	5 691	6 112	6 531	6 954	7 376		

Anlage 3i
(Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	235	269	304	337	373	407	441	475	509	545	579	611	235

Anlage 4
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	1 298,93
A 5 bis A 8	1 497,96
A 9 bis A 11	1 587,00
A 12	1 817,46
A 13	1 869,83
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 927,44

Anlage 5

(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2001

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 200,00	Die Zulage beträgt für	12,5 v.H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 200,00	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 150,00	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe*)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	100,00	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	150,00	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Manschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	70,00	Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	100,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 1 bis A 5	225,00
und höheren Dienstes	150,00	A 6 bis A 9	300,00
		A 10 und höher	375,00
Nummer 5a		Nummer 8a	
Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	180,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	300,00	A 1 bis A 5	137,03
Buchstabe c	430,00	A 6 bis A 9	186,84
Abs. 2		A 10 bis A 13	230,43
Nr. 1 Buchstabe a	270,00	A 14 und höher	274,03
Buchstabe b	200,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	200,00	des mittleren Dienstes	99,66
Buchstabe b	80,00	des gehobenen Dienstes	130,79
Nr. 3	130,00	des höheren Dienstes	161,94
Nr. 4 und 5	120,00	Nummer 8b	
Nr. 6 Buchstabe a	200,00	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	200,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 7 Buchstabe a	200,00	A 1 bis A 5	180,00
Buchstabe b	80,00	A 6 bis A 9	240,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00	A 10 bis A 13	300,00
Buchstabe b	130,00	A 14 und höher	360,00
Nr. 9	120,00	Nummer 9	
Nummer 6 Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	900,00	nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	720,00	von einem Jahr	124,57
Buchstabe c	576,00	von zwei Jahren	249,14
Nummer 6a	200,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Besoldungsgruppen	Fußnote
Abs. 1		A 2	1 56,06
Buchstabe a	200,00		2 34,67
Buchstabe b	400,00		3 103,37
Buchstabe c	300,00		6 52,22
Abs. 2		A 3	1, 5 103,37
Buchstabe a	80,00		2 56,06
Buchstabe b	100,00	A 4	1, 4 103,37
Nummer 10 Abs. 1			2 56,06
Die Zulage beträgt		A 5	3 56,06
nach einer Dienstzeit			4, 6 103,37
von einem Jahr	124,57	A 6	6 56,06
von zwei Jahren	249,14	A 7	2 69,59
Nummer 12	186,84		5 50 v.H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
Nummer 13a	bis zu 150,00	A 8	2 89,70
Nummer 13c		A 9	2, 3, 6 417,27
Die Zulage beträgt			7 8 v.H. des Endgrundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 12	7, 8 242,35
A 1 bis A 7	90,00	A 13	6 193,82
A 8 bis A 11	120,00		7 290,71
A 12 bis A 15	140,00		11, 12, 13 424,05
A 16 und höher	180,00	A 14	5 290,71
Nummer 19 Satz 1	387,58	A 15	7 290,71
Nummer 21	325,15	B 10	1, 2 671,82
Nummer 25	75,00		
Nummer 26 Abs. 1			
Die Zulage beträgt für Beamte			
des mittleren Dienstes	33,34		
des gehobenen Dienstes	75,00		
Nummer 27			
Abs. 1			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe aa	30,00		
Doppelbuchstabe bb	117,41		
Buchstabe b	130,46		
Buchstabe c	130,46		
Abs. 2			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe bb	87,42		
Buchstabe b und c	130,46		
Nummer 30	45,00		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		130,46
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	321,44
R 2	3 bis 8, 10	321,44
R 3	3	321,44
R 8	2	642,74

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gültig ab 1. Januar 2002

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	1 338,14	1 372,50	1 406,86	1 441,22	1 475,58	1 509,94	1 544,30					
A 2	1 411,65	1 445,74	1 479,83	1 513,93	1 548,02	1 582,13	1 616,22					
A 3	1 470,53	1 506,81	1 543,08	1 579,36	1 615,64	1 651,92	1 688,20					
A 4	1 503,93	1 546,65	1 589,35	1 632,07	1 674,78	1 717,49	1 760,20					
A 5	1 516,08	1 570,77	1 613,26	1 655,75	1 698,25	1 740,73	1 783,23	1 825,72				
A 6	1 551,98	1 598,64	1 645,29	1 691,94	1 738,60	1 785,26	1 831,92	1 878,57	1 925,23			
A 7	1 620,19	1 662,12	1 720,83	1 779,54	1 838,24	1 896,95	1 955,66	1 997,58	2 039,52	2 081,46		
A 8		1 721,69	1 771,85	1 847,09	1 922,32	1 997,55	2 072,79	2 122,95	2 173,10	2 223,27	2 273,42	
A 9		1 834,32	1 883,67	1 963,96	2 044,26	2 124,55	2 204,85	2 260,05	2 315,25	2 370,45	2 425,65	
A 10		1 976,48	2 045,07	2 147,94	2 250,82	2 353,70	2 456,57	2 525,16	2 593,74	2 662,32	2 730,91	
A 11			2 278,37	2 383,78	2 489,19	2 594,61	2 700,03	2 770,30	2 840,57	2 910,86	2 981,14	3 051,41
A 12			2 450,28	2 575,97	2 701,64	2 827,32	2 953,00	3 036,78	3 120,57	3 204,35	3 288,14	3 371,92
A 13			2 758,01	2 893,72	3 029,44	3 165,15	3 300,86	3 391,34	3 481,82	3 572,29	3 662,77	3 753,25
A 14			2 870,44	3 046,44	3 222,42	3 398,41	3 574,40	3 691,73	3 809,06	3 926,38	4 043,71	4 161,04
A 15						3 737,16	3 930,65	4 085,45	4 240,24	4 395,03	4 549,83	4 704,62
A 16						4 127,57	4 351,35	4 530,38	4 709,42	4 888,43	5 067,46	5 246,49

Gültig ab 1. Januar 2002

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	4 704,62
B 2	5 473,00
B 3	5 798,27
B 4	6 138,96
B 5	6 529,83
B 6	6 898,94
B 7	7 257,99
B 8	7 632,22
B 9	8 096,87
B 10	9 539,79
B 11	10 353,56

Gültig ab 1. Januar 2002

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2 577,05	2 667,53	2 758,01	2 848,48	2 938,96	3 029,44	3 119,90	3 210,39	3 300,86	3 391,34	3 481,82	3 572,29	3 662,77	3 753,25	
C 2	2 582,69	2 726,88	2 871,08	3 015,27	3 159,46	3 303,65	3 447,84	3 592,03	3 736,22	3 880,41	4 024,59	4 168,78	4 312,97	4 457,17	4 601,36
C 3	2 843,98	3 007,25	3 170,51	3 333,78	3 497,04	3 660,31	3 823,57	3 986,83	4 150,10	4 313,37	4 476,62	4 639,89	4 803,15	4 966,42	5 129,68
C 4	3 612,61	3 776,73	3 940,85	4 104,97	4 269,10	4 433,21	4 597,33	4 761,45	4 925,57	5 089,69	5 253,82	5 417,93	5 582,05	5 746,17	5 910,29

Gültig ab 1. Januar 2002

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	2 961,89	3 097,61	3 169,06	3 353,36	3 537,66	3 721,96	3 906,27	4 090,57	4 274,87	4 459,18	4 643,48	4 827,78
R 2			3 610,23	3 794,54	3 978,84	4 163,14	4 347,45	4 531,75	4 716,05	4 900,34	5 084,65	5 268,94
R 3	5 798,27											
R 4	6 138,96											
R 5	6 529,83											
R 6	6 898,94											
R 7	7 257,99											
R 8	7 632,22											
R 9	8 096,87											
R 10	9 951,13											

Anlage 7

(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	95,96	182,17
übrige Besoldungsgruppen	100,78	186,99

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 86,21 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 114,35 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 25,56 Euro,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 89,21 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 94,70 Euro.

Anlage 8a
(Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	845,68	998,04	1 152,45	1 305,84	1 460,25	1 614,66	1 767,02	1 922,46	2 073,80	2 228,72	2 382,62	2 535,50
A 9	994,46	1 159,61	1 323,73	1 488,88	1 655,05	1 819,69	1 984,84	2 150,49	2 315,13	2 480,28	2 644,91	2 810,06
A 10	1 122,29	1 295,61	1 466,39	1 638,18	1 809,46	1 981,77	2 153,05	2 324,33	2 495,10	2 666,39	2 838,69	3 009,98
A 11	1 221,99	1 401,96	1 580,40	1 759,36	1 938,31	2 116,75	2 296,21	2 475,16	2 654,63	2 833,07	3 012,02	3 190,46
A 12	1 360,55	1 550,24	1 739,41	1 929,62	2 118,79	2 309,51	2 498,68	2 688,88	2 878,06	3 068,26	3 258,46	3 448,15
A 13	1 496,04	1 693,91	1 890,25	2 087,60	2 284,45	2 481,81	2 679,17	2 876,02	3 073,89	3 270,22	3 468,09	3 664,94
A 14	1 634,09	1 838,09	2 042,10	2 246,62	2 450,62	2 655,14	2 859,14	3 062,64	3 266,64	3 471,16	3 674,65	3 878,15
A 15	1 825,82	2 046,19	2 266,56	2 486,92	2 707,29	2 928,17	3 148,02	3 369,41	3 589,78	3 810,66	4 031,03	4 251,39
A 16 bis B 2	1 929,10	2 160,72	2 392,33	2 623,44	2 856,08	3 086,67	3 318,28	3 549,90	3 781,51	4 013,64	4 244,75	4 475,85
B 3 und B 4	1 929,10	2 168,90	2 411,25	2 653,60	2 895,96	3 139,33	3 381,68	3 624,55	3 866,90	4 109,76	4 352,12	4 594,47
B 5 bis B 7	2 124,42	2 393,36	2 662,30	2 930,73	3 199,66	3 468,60	3 737,03	4 005,46	4 274,91	4 542,83	4 811,26	5 081,22
B 8 und höher	2 275,76	2 579,47	2 882,15	3 185,86	3 489,06	3 792,76	4 096,98	4 400,18	4 703,89	5 007,08	5 310,79	5 613,98

Anlage 8b
(Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	719,39	848,74	979,12	1 110,01	1 241,93	1 372,31	1 502,18	1 633,58	1 762,93	1 894,85	2 025,23	2 155,10
A 9	844,65	985,77	1 124,84	1 265,45	1 407,59	1 547,17	1 687,77	1 828,38	1 967,96	2 108,57	2 248,15	2 387,73
A 10	954,07	1 101,83	1 247,04	1 392,76	1 538,99	1 684,20	1 830,42	1 976,14	2 120,33	2 266,56	2 413,30	2 558,50
A 11	1 038,95	1 191,31	1 343,16	1 495,53	1 647,89	1 800,26	1 952,11	2 104,48	2 255,82	2 407,67	2 560,55	2 711,38
A 12	1 155,52	1 317,60	1 478,66	1 639,71	1 801,79	1 962,85	2 123,40	2 284,96	2 447,04	2 608,10	2 769,67	2 930,73
A 13	1 272,09	1 439,80	1 606,48	1 774,69	1 941,89	2 109,59	2 277,29	2 444,49	2 613,21	2 779,89	2 947,60	3 115,30
A 14	1 389,18	1 562,51	1 735,32	1 910,19	2 083,00	2 256,33	2 429,15	2 602,99	2 776,83	2 950,15	3 123,48	3 296,30
A 15	1 551,77	1 738,90	1 926,04	2 114,19	2 302,35	2 488,46	2 675,59	2 864,26	3 051,90	3 239,03	3 426,17	3 614,32
A 16 bis B 2	1 639,20	1 836,05	2 032,90	2 230,26	2 426,59	2 623,44	2 820,80	3 017,13	3 214,49	3 412,36	3 608,19	3 805,03
B 3 und B 4	1 639,20	1 843,72	2 049,77	2 255,82	2 461,36	2 667,92	2 874,48	3 080,53	3 286,58	3 492,63	3 698,69	3 904,74
B 5 bis B 7	1 806,39	2 033,92	2 262,47	2 491,01	2 719,56	2 948,11	3 176,66	3 405,20	3 633,24	3 862,30	4 089,82	4 318,88
B 8 und höher	1 934,22	2 192,42	2 450,62	2 708,31	2 967,03	3 223,70	3 481,90	3 739,59	3 997,79	4 255,48	4 513,68	4 771,89

Anlage 8c

(Anlage VIc des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	592,59	698,42	807,33	914,19	1 022,58	1 129,96	1 237,33	1 345,72	1 452,07	1 560,46	1 667,83	1 775,21
A 9	695,87	810,91	926,46	1 041,50	1 159,10	1 274,14	1 389,69	1 505,24	1 620,80	1 735,32	1 851,39	1 966,94
A 10	786,37	907,03	1 026,67	1 147,34	1 266,98	1 387,65	1 507,29	1 626,93	1 747,60	1 866,73	1 986,37	2 107,55
A 11	855,90	980,66	1 106,44	1 231,70	1 357,48	1 481,72	1 606,99	1 732,26	1 858,03	1 982,28	2 108,57	2 233,32
A 12	952,03	1 084,96	1 217,39	1 351,34	1 483,26	1 616,19	1 749,64	1 881,55	2 014,49	2 147,94	2 280,87	2 414,32
A 13	1 047,13	1 185,17	1 322,71	1 460,76	1 599,32	1 736,86	1 874,91	2 012,96	2 151,52	2 289,05	2 427,61	2 565,15
A 14	1 144,27	1 286,92	1 429,06	1 571,71	1 715,90	1 858,55	2 001,20	2 143,85	2 286,50	2 429,15	2 571,80	2 714,96
A 15	1 277,72	1 431,62	1 586,54	1 741,46	1 895,36	2 050,28	2 204,18	2 358,59	2 513,00	2 667,41	2 821,82	2 975,72
A 16 bis B 2	1 350,32	1 512,40	1 673,97	1 836,05	1 999,15	2 161,23	2 322,29	2 484,88	2 646,96	2 810,06	2 971,63	3 133,20
B 3 und B 4	1 350,32	1 517,51	1 687,77	1 857,52	2 027,27	2 198,04	2 366,77	2 536,01	2 706,27	2 876,53	3 045,77	3 216,03
B 5 bis B 7	1 487,35	1 674,99	1 863,66	2 051,81	2 239,46	2 427,61	2 616,28	2 803,92	2 992,59	3 179,72	3 368,39	3 557,06
B 8 und höher	1 592,67	1 805,37	2 017,56	2 230,26	2 442,95	2 655,65	2 867,84	3 080,53	3 292,21	3 504,91	3 717,60	3 929,79

Anlage 8d

(Anlage VIId des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	414,66	489,31	564,47	640,14	715,81	790,97	865,62	942,31	1 015,94	1 092,63	1 167,28	1 242,95
A 9	486,75	567,53	648,32	729,10	810,91	891,69	972,99	1 053,77	1 134,05	1 214,83	1 296,64	1 375,89
A 10	550,66	635,02	718,88	802,73	887,09	971,45	1 055,82	1 139,67	1 223,01	1 306,35	1 390,71	1 474,57
A 11	598,21	687,18	774,10	862,04	949,47	1 037,41	1 124,84	1 212,78	1 300,73	1 388,16	1 475,59	1 563,02
A 12	666,21	759,27	853,35	945,38	1 038,43	1 130,98	1 224,54	1 317,60	1 410,65	1 503,20	1 596,25	1 689,31
A 13	732,68	829,32	925,95	1 023,10	1 119,22	1 215,85	1 313,00	1 409,63	1 506,27	1 602,90	1 699,53	1 796,17
A 14	801,19	900,90	1 000,60	1 101,32	1 201,02	1 301,24	1 400,94	1 500,64	1 600,34	1 700,56	1 800,77	1 900,47
A 15	894,76	1 002,64	1 110,53	1 218,41	1 326,29	1 433,66	1 543,08	1 651,47	1 758,84	1 867,24	1 975,12	2 083,51
A 16 bis B 2	945,38	1 058,89	1 171,88	1 284,88	1 399,41	1 512,40	1 625,91	1 739,41	1 853,43	1 966,94	2 079,94	2 192,93
B 3 und B 4	945,38	1 062,46	1 181,60	1 300,73	1 418,83	1 537,45	1 657,61	1 775,72	1 894,85	2 012,96	2 133,11	2 251,73
B 5 bis B 7	1 040,99	1 172,39	1 304,31	1 436,22	1 567,62	1 699,53	1 831,45	1 962,85	2 094,76	2 226,16	2 358,08	2 488,97
B 8 und höher	1 115,13	1 263,40	1 412,70	1 560,97	1 709,76	1 858,55	2 007,33	2 155,61	2 305,42	2 453,18	2 601,96	2 751,26

Anlage 8e
(Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft oder Verpflegung –
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	503,62	593,61	686,15	776,65	868,68	960,21	1 052,24	1 144,27	1 234,26	1 326,29	1 417,30	1 509,33
A 9	591,56	689,73	787,90	886,07	985,26	1 082,40	1 181,60	1 279,25	1 377,42	1 475,59	1 573,25	1 671,41
A 10	667,75	770,52	872,26	975,03	1 076,78	1 179,55	1 280,79	1 383,04	1 484,28	1 586,54	1 689,31	1 791,06
A 11	727,06	833,92	940,78	1 047,13	1 152,96	1 259,31	1 366,68	1 472,52	1 579,38	1 685,73	1 792,08	1 898,43
A 12	809,38	922,37	1 035,37	1 147,85	1 260,33	1 373,33	1 486,84	1 599,32	1 713,34	1 825,82	1 938,31	2 051,81
A 13	890,16	1 007,76	1 124,33	1 242,44	1 359,53	1 476,10	1 593,70	1 711,29	1 828,89	1 945,98	2 063,57	2 180,66
A 14	972,48	1 094,68	1 214,83	1 336,52	1 457,69	1 579,89	1 700,56	1 821,73	1 943,42	2 065,11	2 185,77	2 308,48
A 15	1 085,98	1 216,87	1 348,28	1 479,68	1 611,59	1 742,48	1 873,37	2 004,78	2 136,18	2 267,07	2 398,47	2 529,36
A 16 bis B 2	1 147,85	1 284,88	1 423,44	1 560,97	1 699,02	1 836,56	1 974,61	2 112,15	2 250,20	2 387,73	2 525,78	2 663,32
B 3 und B 4	1 147,85	1 290,50	1 433,66	1 579,38	1 723,05	1 868,26	2 011,93	2 156,12	2 301,32	2 445,00	2 589,18	2 733,37
B 5 bis B 7	1 263,91	1 423,95	1 583,98	1 744,02	1 903,03	2 064,09	2 223,61	2 383,64	2 542,65	2 703,20	2 863,23	3 023,27
B 8 und höher	1 354,92	1 534,39	1 715,90	1 895,87	2 076,36	2 256,84	2 437,84	2 618,33	2 797,79	2 978,79	3 159,27	3 340,78

Anlage 8f
(Anlage VI f des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	937,20	1 096,21	1 253,69	1 413,21	1 569,15	1 728,17	1 887,18	2 046,19	2 204,18	2 361,66	2 519,65	2 679,17
A 9	1 097,74	1 266,98	1 438,26	1 606,48	1 776,23	1 945,47	2 114,70	2 285,47	2 454,71	2 623,95	2 794,72	2 964,47
A 10	1 241,42	1 417,81	1 593,70	1 769,07	1 944,95	2 121,35	2 297,23	2 473,63	2 650,54	2 825,40	3 001,79	3 178,19
A 11	1 351,34	1 535,41	1 720,50	1 904,56	2 089,65	2 274,74	2 458,80	2 643,38	2 828,47	3 013,04	3 198,13	3 382,20
A 12	1 502,18	1 697,49	1 892,29	2 087,09	2 281,90	2 476,70	2 671,50	2 866,81	3 061,62	3 256,42	3 451,22	3 646,02
A 13	1 652,50	1 855,99	2 058,97	2 262,47	2 466,47	2 668,94	2 872,44	3 076,44	3 280,45	3 482,92	3 686,41	3 890,93
A 14	1 804,35	2 013,98	2 224,63	2 434,77	2 645,42	2 856,59	3 066,22	3 276,36	3 485,99	3 696,64	3 906,27	4 117,94
A 15	2 016,54	2 245,59	2 474,14	2 702,69	2 930,73	3 159,27	3 388,33	3 616,88	3 845,43	4 073,46	4 300,99	4 531,07
A 16 bis B 2	2 138,73	2 378,02	2 618,33	2 858,63	3 096,89	3 336,69	3 575,46	3 815,77	4 055,06	4 294,34	4 534,65	4 773,93
B 3 und B 4	2 139,25	2 391,31	2 642,87	2 894,42	3 145,98	3 397,53	3 649,60	3 901,16	4 152,71	4 404,27	4 656,34	4 907,38
B 5 bis B 7	2 385,18	2 661,79	2 937,88	3 215,00	3 491,61	3 768,22	4 044,83	4 321,95	4 598,05	4 875,17	5 151,78	5 428,90
B 8 und höher	2 572,31	2 884,71	3 197,62	3 510,53	3 822,93	4 134,82	4 448,24	4 760,13	5 072,53	5 385,95		

Anlage 8g

(Anlage VIg des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	804,77	937,71	1 072,69	1 206,14	1 340,61	1 475,59	1 609,04	1 744,02	1 878,49	2 011,42	2 146,91	2 279,34
A 9	939,75	1 082,40	1 229,66	1 372,82	1 516,49	1 660,68	1 804,35	1 947,51	2 091,70	2 236,39	2 380,06	2 524,25
A 10	1 062,98	1 214,32	1 364,13	1 515,47	1 665,79	1 815,09	1 965,92	2 115,21	2 267,07	2 416,88	2 566,69	2 718,03
A 11	1 159,61	1 316,58	1 473,54	1 631,02	1 787,99	1 945,47	2 102,43	2 260,42	2 417,39	2 574,35	2 731,83	2 889,31
A 12	1 289,99	1 454,63	1 620,28	1 785,43	1 951,09	2 115,73	2 281,38	2 447,04	2 612,70	2 777,34	2 942,48	3 107,63
A 13	1 419,35	1 592,16	1 764,47	1 937,28	2 110,61	2 282,92	2 455,22	2 627,53	2 801,37	2 973,67	3 145,98	3 318,80
A 14	1 548,70	1 726,12	1 904,56	2 083,51	2 261,96	2 440,40	2 618,84	2 796,26	2 975,21	3 154,16	3 332,09	3 511,04
A 15	1 731,75	1 925,53	2 118,79	2 313,08	2 507,38	2 701,16	2 894,42	3 087,69	3 282,49	3 476,27	3 670,05	3 863,32
A 16 bis B 2	1 837,07	2 040,57	2 243,55	2 447,04	2 650,03	2 853,52	3 055,99	3 259,49	3 462,47	3 665,96	3 868,95	4 071,93
B 3 und B 4	1 841,67	2 054,88	2 268,60	2 482,32	2 695,53	2 909,25	3 122,97	3 336,69	3 549,90	3 764,13	3 977,85	4 190,55
B 5 bis B 7	2 053,86	2 288,54	2 524,76	2 759,44	2 995,15	3 229,32	3 464,51	3 699,71	3 935,41	4 170,61	4 405,29	4 641,00
B 8 und höher	2 218,50	2 483,34	2 749,73	3 014,07	3 280,45	3 545,30	3 810,66	4 076,02	4 341,38	4 606,23		

Anlage 8h

(Anlage VIh des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	673,37	785,34	894,25	1 005,20	1 115,13	1 225,06	1 335,49	1 445,93	1 556,88	1 666,81	1 776,74	1 887,18
A 9	787,90	907,03	1 026,67	1 144,27	1 263,91	1 383,56	1 502,69	1 623,35	1 742,99	1 862,13	1 981,77	2 101,41
A 10	891,18	1 013,38	1 137,11	1 258,29	1 381,51	1 504,22	1 627,44	1 750,66	1 872,86	1 996,59	2 117,77	2 240,48
A 11	970,43	1 101,32	1 230,68	1 360,55	1 490,93	1 620,28	1 750,66	1 879,51	2 009,89	2 139,76	2 269,62	2 400,00
A 12	1 078,31	1 215,34	1 352,88	1 489,39	1 625,91	1 762,42	1 899,45	2 035,45	2 173,50	2 310,02	2 447,04	2 583,05
A 13	1 188,24	1 328,34	1 470,48	1 612,10	1 753,73	1 894,34	2 034,94	2 177,08	2 318,20	2 459,31	2 600,94	2 742,06
A 14	1 297,66	1 444,40	1 590,12	1 735,84	1 882,58	2 029,32	2 176,06	2 321,78	2 469,03	2 615,77	2 761,49	2 908,23
A 15	1 450,54	1 611,08	1 770,60	1 930,64	2 090,67	2 251,22	2 411,25	2 571,29	2 731,32	2 891,36	3 052,41	3 211,94
A 16 bis B 2	1 540,01	1 707,71	1 874,91	2 043,63	2 210,83	2 378,53	2 547,26	2 714,45	2 882,15	3 049,34	3 218,58	3 386,29
B 3 und B 4	1 544,10	1 720,50	1 896,38	2 072,27	2 248,66	2 424,55	2 600,94	2 776,83	2 953,22	3 129,11	3 306,01	3 481,39
B 5 bis B 7	1 725,61	1 919,39	2 112,15	2 305,93	2 498,68	2 691,95	2 884,71	3 078,49	3 271,25	3 464,00	3 657,78	3 850,54
B 8 und höher	1 866,73	2 085,56	2 305,93	2 525,27	2 744,10	2 963,96	3 183,30	3 401,62	3 621,99	3 841,85		

Anlage 8i
(Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	122,20	140,09	158,50	175,37	194,29	212,19	229,57	247,47	265,36	283,77	301,66	318,02	122,20

Anlage 9
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	678,75
A 5 bis A 8	782,75
A 9 bis A 11	829,27
A 12	949,69
A 13	977,06
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 007,16

Anlage 10

(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2002

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 102,26	Die Zulage beträgt für	12,5 v.H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 76,69	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe*)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Manschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 1 bis A 5	115,04
und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
Nummer 5a		A 10 und höher	191,73
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	92,03	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	153,39	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe c	219,86	A 1 bis A 5	70,06
Abs. 2		A 6 bis A 9	95,53
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	A 10 bis A 13	117,82
Buchstabe b	102,26	A 14 und höher	140,11
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	40,90	des mittleren Dienstes	50,96
Nr. 3	66,47	des gehobenen Dienstes	66,87
Nr. 4 und 5	61,36	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	Nummer 8b	
Buchstabe b	102,26	Die Zulage beträgt	
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	40,90	A 1 bis A 5	92,03
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	66,47	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 9	61,36	A 14 und höher	184,07
Nummer 6 Abs. 1		Nummer 9	
Buchstabe a	460,16	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	368,13	nach einer Dienstzeit	
Buchstabe c	294,50	von einem Jahr	63,69
Nummer 6a	102,26	von zwei Jahren	127,38

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Besoldungsgruppen	Fußnote
Abs. 1		A 2	1 29,29
Buchstabe a	102,26		2 17,73
Buchstabe b	204,52		3 54,01
Buchstabe c	153,39		6 27,29
Abs. 2		A 3	1, 5 54,01
Buchstabe a	40,90		2 29,29
Buchstabe b	51,13	A 4	1, 4 54,01
Nummer 10 Abs. 1			2 29,29
Die Zulage beträgt		A 5	3 29,29
nach einer Dienstzeit			4, 6 54,01
von einem Jahr	63,69	A 6	6 29,29
von zwei Jahren	127,38	A 7	2 36,36
Nummer 12	95,53		5 50 v.H. des
Nummer 13a	bis zu 76,69		jeweiligen Unter-
Nummer 13c			schiedsbetrages
Die Zulage beträgt		A 8	zum Grundgehalt
für Beamte der Besoldungsgruppen			der Besoldungs-
A 1 bis A 7	46,02		gruppe A 8
A 8 bis A 11	61,36	A 9	2 46,87
A 12 bis A 15	71,58		2, 3, 6 218,04
A 16 und höher	92,03		7 8 v.H. des
Nummer 19 Satz 1	202,53		Endgrundgehalts
Nummer 21	169,90	A 12	der Besoldungs-
Nummer 25	38,35	A 13	gruppe A 9
Nummer 26 Abs. 1			7, 8 126,64
Die Zulage beträgt für Beamte			6 101,28
des mittleren Dienstes	17,05		7 151,91
des gehobenen Dienstes	38,35		11, 12, 13 221,58
Nummer 27		A 14	5 151,91
Abs. 1		A 15	7 151,91
Buchstabe a		B 10	1, 2 351,05
Doppelbuchstabe aa	15,68		
Doppelbuchstabe bb	61,35		
Buchstabe b	68,17		
Buchstabe c	68,17		
Abs. 2			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe bb	45,68		
Buchstabe b und c	68,17		
Nummer 30	23,01		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil		Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C			Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen			Vorbemerkungen		
Nummer 2b		68,17	Nummer 2		
Nummer 3			Die Zulage beträgt		12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
Die Zulage beträgt		12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)			R 1		R 1
C 1		A 13	R 2 bis R 4		R 3
C 2		A 15	R 5 bis R 7		R 6
C 3 und C 4		B 3	R 8 bis R 10		R 9
Nummer 5			b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
wenn ein Amt ausgeübt wird			R 1		A 15
der Besoldungsgruppe R 1		205,54	R 2 bis R 4		B 3
der Besoldungsgruppe R 2		230,08	R 5 bis R 7		B 6
Besoldungsgruppe	Fußnote		R 8 bis R 10		B 9
C 2	1	104,32	Nummer 4		38,35
			Besoldungsgruppen	Fußnote	
			R 1	1, 2	167,96
			R 2	3 bis 8, 10	167,96
			R 3	3	167,96
			R 8	2	335,86

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gültig ab 1. August 2000

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	2 188,54	2 244,73	2 300,92	2 357,12	2 413,32	2 469,51	2 525,70					
A 2	2 308,75	2 364,52	2 420,27	2 476,04	2 531,80	2 587,57	2 643,33					
A 3	2 405,05	2 464,39	2 523,72	2 583,06	2 642,39	2 701,72	2 761,06					
A 4	2 459,69	2 529,55	2 599,39	2 669,26	2 739,12	2 808,96	2 878,82					
A 5	2 479,56	2 569,00	2 638,50	2 707,99	2 777,48	2 846,98	2 916,47	2 985,97				
A 6	2 538,26	2 614,58	2 690,88	2 767,18	2 843,49	2 919,80	2 996,11	3 072,41	3 148,72			
A 7	2 649,83	2 718,41	2 814,42	2 910,45	3 006,45	3 102,47	3 198,48	3 267,06	3 335,64	3 404,24		
A 8		2 815,83	2 897,87	3 020,92	3 143,96	3 267,01	3 390,06	3 472,09	3 554,12	3 636,17	3 718,19	
A 9		3 000,04	3 080,75	3 212,06	3 343,39	3 474,71	3 606,04	3 696,32	3 786,60	3 876,88	3 967,16	
A 10		3 232,55	3 344,72	3 512,97	3 681,23	3 849,48	4 017,73	4 129,91	4 242,08	4 354,24	4 466,41	
A 11			3 726,28	3 898,69	4 071,09	4 243,49	4 415,90	4 530,84	4 645,77	4 760,72	4 875,66	4 990,59
A 12			4 007,45	4 213,00	4 418,54	4 624,08	4 829,65	4 966,67	5 103,71	5 240,73	5 377,77	5 514,80
A 13			4 510,72	4 732,70	4 954,65	5 176,61	5 398,58	5 546,55	5 694,52	5 842,50	5 990,47	6 138,45
A 14			4 694,62	4 982,46	5 270,29	5 558,12	5 845,94	6 037,83	6 229,73	6 421,62	6 613,51	6 805,39
A 15						6 112,13	6 428,60	6 681,77	6 934,93	7 188,10	7 441,26	7 694,43
A 16						6 750,66	7 116,66	7 409,45	7 702,27	7 995,06	8 287,86	8 580,66

Gültig ab 1. August 2000

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	7 694,43
B 2	8 951,12
B 3	9 483,10
B 4	10 040,30
B 5	10 679,55
B 6	11 283,24
B 7	11 870,46
B 8	12 482,53
B 9	13 242,48
B 10	15 602,37
B 11	16 933,29

Gültig ab 1. August 2000

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4 214,78	4 362,75	4 510,72	4 658,70	4 806,68	4 954,65	5 102,62	5 250,61	5 398,58	5 546,55	5 694,52	5 842,50	5 990,47	6 138,45	
C 2	4 224,00	4 459,83	4 695,66	4 931,48	5 167,30	5 403,13	5 638,96	5 874,78	6 110,60	6 346,43	6 582,25	6 818,07	7 053,89	7 289,72	7 525,54
C 3	4 651,35	4 918,37	5 185,38	5 452,40	5 719,42	5 986,44	6 253,46	6 520,48	6 787,51	7 054,53	7 321,54	7 588,56	7 855,58	8 122,61	8 389,62
C 4	5 908,45	6 176,86	6 445,28	6 713,70	6 982,12	7 250,54	7 518,96	7 787,37	8 055,79	8 324,20	8 592,63	8 861,05	9 129,47	9 397,88	9 666,31

Gültig ab 1. August 2000

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	4 844,19	5 066,15	5 183,02	5 484,45	5 785,87	6 087,29	6 388,72	6 690,14	6 991,57	7 293,00	7 594,43	7 895,85
R 2			5 904,55	6 205,99	6 507,40	6 808,83	7 110,27	7 411,69	7 713,12	8 014,54	8 315,97	8 617,38
R 3	9 483,10											
R 4	10 040,30											
R 5	10 679,55											
R 6	11 283,24											
R 7	11 870,46											
R 8	12 482,53											
R 9	13 242,48											
R 10	16 275,12											

Anlage 12

(Anlage V des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. August 2000

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	156,92	297,91
übrige Besoldungsgruppen	164,80	305,79

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 140,99 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 187,02 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 8,70 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 43,50 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 34,80 DM

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 26,10 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 145,90 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 154,88 DM.

Anlage 13
(Anlage VIII des BBesG)
(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. August 2000

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	1 110,09
A 5 bis A 8	1 280,18
A 9 bis A 11	1 356,28
A 12	1 553,23
A 13	1 597,99
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 647,22

Anlage 14

(Anlage IX des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. August 2000

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 174,00	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 174,00	A 1 bis A 5	A 5
§ 78	bis zu 130,50	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	217,50	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	87,00	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	130,50	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	60,90	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	87,00	A 1 bis A 5	195,75
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	130,50	A 6 bis A 9	261,00
Nummer 5a		A 10 und höher	326,25
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	156,60	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	261,00	A 1 bis A 5	119,22
Buchstabe c	374,10	A 6 bis A 9	162,55
Abs. 2		A 10 bis A 13	200,47
Nr. 1 Buchstabe a	234,90	A 14 und höher	238,41
Buchstabe b	174,00	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	86,70
Nr. 2 Buchstabe a	174,00	des gehobenen Dienstes	113,79
Buchstabe b	69,60	des höheren Dienstes	140,89
Nr. 3	113,10	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	104,40	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 6 Buchstabe a	174,00	A 1 bis A 5	156,60
Buchstabe b	174,00	A 6 bis A 9	208,80
Nr. 7 Buchstabe a	174,00	A 10 bis A 13	261,00
Buchstabe b	69,60	A 14 und höher	313,20
Nr. 8 Buchstabe a	217,50	Nummer 9	
Buchstabe b	113,10	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Nr. 9	104,40	von einem Jahr	108,38
Nummer 6 Abs. 1		von zwei Jahren	216,76
Buchstabe a	783,00		
Buchstabe b	626,40		
Buchstabe c	501,12		
Nummer 6a	174,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	174,00
Buchstabe b	348,00
Buchstabe c	261,00
Abs. 2	
Buchstabe a	69,60
Buchstabe b	87,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	108,38
von zwei Jahren	216,76
Nummer 12	162,55
Nummer 13a	bis zu 130,50
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 7	78,30
A 8 bis A 11	104,40
A 12 bis A 15	121,80
A 16 und höher	156,60
Nummer 19 Satz 1	331,24
Nummer 21	277,88
Nummer 25	65,25
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	29,01
des gehobenen Dienstes	65,25
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	25,64
Doppelbuchstabe bb	100,34
Buchstabe b	111,49
Buchstabe c	111,49
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	74,71
Buchstabe b und c	111,49
Nummer 30	39,15

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 47,91
	2 30,16
	3 88,34
	6 44,63
A 3	1, 5 88,34
	2 47,91
A 4	1, 4 88,34
	2 47,91
A 5	3 47,91
	4, 6 88,34
A 6	6 47,91
A 7	2 59,47
	5 50 v.H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2 76,66
A 9	2, 3, 6 356,60
	7 8 v.H. des Endgrundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8 207,11
A 13	6 165,64
	7 248,45
	11, 12, 13 362,40
A 14	5 248,45
A 15	7 248,45
B 10	1, 2 574,15

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil		Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C			Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen			Vorbemerkungen		
Nummer 2b		111,49	Nummer 2		
Nummer 3			Die Zulage beträgt		12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
Die Zulage beträgt		12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)			R 1		R 1
C 1		A 13	R 2 bis R 4		R 3
C 2		A 15	R 5 bis R 7		R 6
C 3 und C 4		B 3	R 8 bis R 10		R 9
Nummer 5			b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
wenn ein Amt ausgeübt wird			R 1		A 15
der Besoldungsgruppe R 1		349,74	R 2 bis R 4		B 3
der Besoldungsgruppe R 2		391,50	R 5 bis R 7		B 6
Besoldungsgruppe			R 8 bis R 10		B 9
C 2		177,51	Nummer 4		65,25
			Besoldungsgruppen		Fußnote
			R 1		1, 2 274,71
			R 2		3 bis 8, 10 274,71
			R 3		3 274,71
			R 8		2 549,30

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Gültig ab 1. Januar 2001

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	2 266,34	2 324,53	2 382,73	2 440,92	2 499,12	2 557,30	2 615,49					
A 2	2 390,84	2 448,58	2 506,31	2 564,07	2 621,80	2 679,57	2 737,31					
A 3	2 490,56	2 552,00	2 613,44	2 674,89	2 736,33	2 797,78	2 859,22					
A 4	2 547,14	2 619,48	2 691,81	2 764,16	2 836,50	2 908,83	2 981,17					
A 5	2 567,71	2 660,33	2 732,30	2 804,26	2 876,23	2 948,19	3 020,16	3 092,13				
A 6	2 628,50	2 707,52	2 786,55	2 865,56	2 944,58	3 023,60	3 102,63	3 181,65	3 260,67			
A 7	2 744,03	2 815,05	2 914,48	3 013,92	3 113,33	3 212,77	3 312,19	3 383,20	3 454,23	3 525,26		
A 8		2 915,94	3 000,89	3 128,32	3 255,74	3 383,15	3 510,58	3 595,53	3 680,48	3 765,44	3 850,38	
A 9		3 106,70	3 190,27	3 326,25	3 462,25	3 598,24	3 734,24	3 827,73	3 921,21	4 014,71	4 108,20	
A 10		3 347,47	3 463,63	3 637,86	3 812,10	3 986,33	4 160,57	4 276,74	4 392,89	4 509,04	4 625,20	
A 11			3 858,76	4 037,29	4 215,82	4 394,36	4 572,89	4 691,92	4 810,94	4 929,97	5 049,00	5 168,01
A 12			4 149,92	4 362,78	4 575,63	4 788,48	5 001,35	5 143,25	5 285,15	5 427,05	5 568,96	5 710,86
A 13			4 671,09	4 900,95	5 130,80	5 360,65	5 590,50	5 743,74	5 896,98	6 050,21	6 203,44	6 356,68
A 14			4 861,53	5 159,59	5 457,65	5 755,72	6 053,77	6 252,49	6 451,21	6 649,92	6 848,63	7 047,33
A 15						6 329,43	6 657,15	6 919,31	7 181,47	7 443,65	7 705,81	7 967,98
A 16						6 990,66	7 369,67	7 672,87	7 976,10	8 279,29	8 582,51	8 885,72

Gültig ab 1. Januar 2001

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	7 967,98
B 2	9 269,35
B 3	9 820,24
B 4	10 397,25
B 5	11 059,23
B 6	11 684,38
B 7	12 292,48
B 8	12 926,30
B 9	13 713,27
B 10	16 157,06
B 11	17 535,29

Gültig ab 1. Januar 2001

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4 364,62	4 517,85	4 671,09	4 824,33	4 977,57	5 130,80	5 284,03	5 437,27	5 590,50	5 743,74	5 896,98	6 050,21	6 203,44	6 356,68	
C 2	4 374,17	4 618,38	4 862,60	5 106,80	5 351,01	5 595,22	5 839,43	6 083,64	6 327,85	6 572,06	6 816,25	7 060,46	7 304,67	7 548,88	7 793,09
C 3	4 816,71	5 093,23	5 369,73	5 646,25	5 922,76	6 199,27	6 475,78	6 752,30	7 028,81	7 305,33	7 581,83	7 858,34	8 134,86	8 411,38	8 687,89
C 4	6 118,50	6 396,46	6 674,42	6 952,38	7 230,35	7 508,30	7 786,27	8 064,23	8 342,19	8 620,14	8 898,12	9 176,07	9 454,04	9 731,99	10 009,96

Gültig ab 1. Januar 2001

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	5 016,40	5 246,26	5 367,28	5 679,43	5 991,57	6 303,70	6 615,85	6 927,99	7 240,13	7 552,28	7 864,43	8 176,56
R 2			6 114,47	6 426,62	6 738,75	7 050,89	7 363,05	7 675,19	7 987,33	8 299,47	8 611,62	8 923,75
R 3	9 820,24											
R 4	10 397,25											
R 5	11 059,23											
R 6	11 684,38											
R 7	12 292,48											
R 8	12 926,30											
R 9	13 713,27											
R 10	16 853,73											

Anlage 16

(Anlage V des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2001

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	162,50	308,51
übrige Besoldungsgruppen	170,66	316,67

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 146,01 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 193,66 DM*).

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 8,85 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 44,25 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 35,40 DM

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 26,55 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 151,09 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 160,38 DM.

*) Nach Maßgabe des Artikels 5 des Gesetzes zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1786) ist der Betrag für das Jahr 2001 um 180,19 DM zu erhöhen.

Anlage 17
(Anlage VIII des BBesG)
(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2001

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	1 149,55
A 5 bis A 8	1 325,69
A 9 bis A 11	1 404,50
A 12	1 608,45
A 13	1 654,80
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 705,78

Anlage 18

(Anlage IX des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2001

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 177,00	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 177,00	A 1 bis A 5	A 5
§ 78	bis zu 132,75	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	221,25	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	88,50	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	132,75	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	61,95	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	88,50	A 1 bis A 5	199,13
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	132,75	A 6 bis A 9	265,50
Nummer 5a		A 10 und höher	331,88
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	159,30	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	265,50	A 1 bis A 5	121,27
Buchstabe c	380,55	A 6 bis A 9	165,35
Abs. 2		A 10 bis A 13	203,93
Nr. 1 Buchstabe a	238,95	A 14 und höher	242,52
Buchstabe b	177,00	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	88,20
Nr. 2 Buchstabe a	177,00	des gehobenen Dienstes	115,75
Buchstabe b	70,80	des höheren Dienstes	143,32
Nr. 3	115,05	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	106,20	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 6 Buchstabe a	177,00	A 1 bis A 5	159,30
Buchstabe b	177,00	A 6 bis A 9	212,40
Nr. 7 Buchstabe a	177,00	A 10 bis A 13	265,50
Buchstabe b	70,80	A 14 und höher	318,60
Nr. 8 Buchstabe a	221,25	Nummer 9	
Buchstabe b	115,05	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Nr. 9	106,20	von einem Jahr	110,24
Nummer 6 Abs. 1		von zwei Jahren	220,48
Buchstabe a	796,50		
Buchstabe b	637,20		
Buchstabe c	509,76		
Nummer 6a	177,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	177,00
Buchstabe b	354,00
Buchstabe c	265,50
Abs. 2	
Buchstabe a	70,80
Buchstabe b	88,50
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	110,24
von zwei Jahren	220,48
Nummer 12	165,35
Nummer 13a	bis zu 132,75
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 7	79,65
A 8 bis A 11	106,20
A 12 bis A 15	123,90
A 16 und höher	159,30
Nummer 19 Satz 1	343,01
Nummer 21	287,76
Nummer 25	66,38
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	29,51
des gehobenen Dienstes	66,38
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	26,55
Doppelbuchstabe bb	103,91
Buchstabe b	115,46
Buchstabe c	115,46
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	77,37
Buchstabe b und c	115,46
Nummer 30	39,83

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 49,61
	2 30,68
	3 91,48
	6 46,21
A 3	1, 5 91,48
	2 49,61
A 4	1, 4 91,48
	2 49,61
A 5	3 49,61
	4, 6 91,48
A 6	6 49,61
A 7	2 61,59
	5 50 v.H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2 79,38
A 9	2, 3, 6 369,28
	7 8 v.H. des Endgrundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8 214,48
A 13	6 171,53
	7 257,28
	11, 12, 13 375,28
A 14	5 257,28
A 15	7 257,28
B 10	1, 2 594,56

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		115,46
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		355,77
der Besoldungsgruppe R 2		398,25
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	180,58

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		66,38
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	284,47
R 2	3 bis 8, 10	284,47
R 3	3	284,47
R 8	2	568,82

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Gültig ab 1. Januar 2002

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	1 204,33	1 235,25	1 266,17	1 297,10	1 328,02	1 358,95	1 389,87					
A 2	1 270,49	1 301,17	1 331,85	1 362,54	1 393,22	1 423,92	1 454,60					
A 3	1 323,48	1 356,13	1 388,77	1 421,42	1 454,08	1 486,73	1 519,38					
A 4	1 353,54	1 391,99	1 430,42	1 468,86	1 507,30	1 545,74	1 584,18					
A 5	1 364,47	1 413,69	1 451,93	1 490,18	1 528,43	1 566,66	1 604,91	1 643,15				
A 6	1 396,78	1 438,78	1 480,76	1 522,75	1 564,74	1 606,73	1 648,73	1 690,71	1 732,71			
A 7	1 458,17	1 495,91	1 548,75	1 601,59	1 654,42	1 707,26	1 760,09	1 797,82	1 835,57	1 873,31		
A 8		1 549,52	1 594,67	1 662,38	1 730,09	1 797,80	1 865,51	1 910,66	1 955,79	2 000,94	2 046,08	
A 9		1 650,89	1 695,30	1 767,56	1 839,83	1 912,10	1 984,37	2 034,05	2 083,73	2 133,41	2 183,09	
A 10		1 778,83	1 840,56	1 933,15	2 025,74	2 118,33	2 210,91	2 272,64	2 334,37	2 396,09	2 457,82	
A 11			2 050,53	2 145,40	2 240,27	2 335,15	2 430,03	2 493,27	2 556,51	2 619,77	2 683,03	2 746,27
A 12			2 205,25	2 318,37	2 431,48	2 544,59	2 657,70	2 733,10	2 808,51	2 883,92	2 959,33	3 034,73
A 13			2 482,21	2 604,35	2 726,50	2 848,64	2 970,77	3 052,21	3 133,64	3 215,06	3 296,49	3 377,93
A 14			2 583,40	2 741,80	2 900,18	3 058,57	3 216,96	3 322,56	3 428,15	3 533,74	3 639,34	3 744,94
A 15						3 363,44	3 537,59	3 676,91	3 816,22	3 955,53	4 094,85	4 234,16
A 16						3 714,81	3 916,22	4 077,34	4 238,48	4 399,59	4 560,71	4 721,84

Gültig ab 1. Januar 2002

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	4 234,16
B 2	4 925,70
B 3	5 218,44
B 4	5 525,06
B 5	5 876,85
B 6	6 209,05
B 7	6 532,19
B 8	6 869,00
B 9	7 287,18
B 10	8 585,81
B 11	9 318,20

Gültig ab 1. Januar 2002

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2 319,35	2 400,78	2 482,21	2 563,63	2 645,06	2 726,50	2 807,91	2 889,35	2 970,77	3 052,21	3 133,64	3 215,06	3 296,49	3 377,93	
C 2	2 324,42	2 454,19	2 583,97	2 713,74	2 843,51	2 973,29	3 103,06	3 232,83	3 362,60	3 492,37	3 622,13	3 751,90	3 881,67	4 011,45	4 141,22
C 3	2 559,58	2 706,53	2 853,46	3 000,40	3 147,34	3 294,28	3 441,21	3 588,15	3 735,09	3 882,03	4 028,96	4 175,90	4 322,84	4 469,78	4 616,71
C 4	3 251,35	3 399,06	3 546,77	3 694,47	3 842,19	3 989,89	4 137,60	4 285,31	4 433,01	4 580,72	4 728,44	4 876,14	5 023,85	5 171,55	5 319,26

Gültig ab 1. Januar 2002

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	2 665,70	2 787,85	2 852,15	3 018,02	3 183,89	3 349,76	3 515,64	3 681,51	3 847,38	4 013,26	4 179,13	4 345,00
R 2			3 249,21	3 415,09	3 580,96	3 746,83	3 912,71	4 078,58	4 244,45	4 410,31	4 576,19	4 742,05
R 3	5 218,44											
R 4	5 525,06											
R 5	5 876,85											
R 6	6 209,05											
R 7	6 532,19											
R 8	6 869,00											
R 9	7 287,18											
R 10	8 956,02											

Anlage 20

(Anlage V des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2002

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	86,36	163,95
übrige Besoldungsgruppen	90,70	168,29

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 77,59 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 102,92 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 4,60 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 23,01 Euro,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 18,41 Euro

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 13,80 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 80,29 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 85,23 Euro.

Anlage 21
(Anlage VIII des BBesG)
(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2002

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	610,88
A 5 bis A 8	704,48
A 9 bis A 11	746,34
A 12	854,72
A 13	879,35
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	906,44

Anlage 22

(Anlage IX des BBesG)

(Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung)

Gültig ab 1. Januar 2002

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 92,03	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 92,03		
§ 78	bis zu 69,02		
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	115,04	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	46,02	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	69,02	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	32,21	B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	46,02	Nummer 8	
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	69,02	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nummer 5a		A 1 bis A 5	103,54
Abs. 1		A 6 bis A 9	138,05
Buchstabe a	82,83	A 10 und höher	172,56
Buchstabe b	138,05	Nummer 8a	
Buchstabe c	197,87	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Abs. 2		A 1 bis A 5	63,05
Nr. 1 Buchstabe a	124,25	A 6 bis A 9	85,98
Buchstabe b	92,03	A 10 bis A 13	106,04
Nr. 2 Buchstabe a	92,03	A 14 und höher	126,10
Buchstabe b	36,81	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 3	59,82	des mittleren Dienstes	45,86
Nr. 4 und 5	55,22	des gehobenen Dienstes	60,18
Nr. 6 Buchstabe a	92,03	des höheren Dienstes	74,52
Buchstabe b	92,03	Nummer 8b	
Nr. 7 Buchstabe a	92,03	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	36,81	A 1 bis A 5	82,83
Nr. 8 Buchstabe a	115,04	A 6 bis A 9	110,44
Buchstabe b	59,82	A 10 bis A 13	138,05
Nr. 9	55,22	A 14 und höher	165,66
Nummer 6 Abs. 1		Nummer 9	
Buchstabe a	414,14	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	331,32	von einem Jahr	57,32
Buchstabe c	265,05	von zwei Jahren	114,64
Nummer 6a	92,03		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Besoldungsgruppen	Fußnote
Abs. 1		A 2	1 26,36
Buchstabe a	92,03		2 15,96
Buchstabe b	184,07		3 48,61
Buchstabe c	138,05		6 24,56
Abs. 2		A 3	1, 5 48,61
Buchstabe a	36,81		2 26,36
Buchstabe b	46,02	A 4	1, 4 48,61
Nummer 10 Abs. 1			2 26,36
Die Zulage beträgt		A 5	3 26,36
nach einer Dienstzeit			4, 6 48,61
von einem Jahr	57,32	A 6	6 26,36
von zwei Jahren	114,64	A 7	2 32,72
Nummer 12	85,98		5 50 v.H. des
Nummer 13a	bis zu 69,02		jeweiligen Unter-
Nummer 13c			schiedsbetrages
Die Zulage beträgt		A 8	zum Grundgehalt
für Beamte der Besoldungsgruppen			der Besoldungs-
A 1 bis A 7	41,42		gruppe A 8
A 8 bis A 11	55,22	A 9	2 42,18
A 12 bis A 15	64,42		2, 3, 6 196,24
A 16 und höher	82,83		7 8 v.H. des
Nummer 19 Satz 1	182,28		Endgrundgehalts
Nummer 21	152,91	A 12	der Besoldungs-
Nummer 25	34,52		gruppe A 9
Nummer 26 Abs. 1		A 13	7, 8 113,98
Die Zulage beträgt für Beamte			6 91,15
des mittleren Dienstes	15,35		7 136,72
des gehobenen Dienstes	34,52		11, 12, 13 199,42
Nummer 27		A 14	5 136,72
Abs. 1		A 15	7 136,72
Buchstabe a		B 10	1, 2 315,95
Doppelbuchstabe aa	14,11		
Doppelbuchstabe bb	55,22		
Buchstabe b	61,35		
Buchstabe c	61,35		
Abs. 2			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe bb	41,11		
Buchstabe b und c	61,35		
Nummer 30	20,71		

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 16,00 DM (14,00 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 17,10 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	61,35
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	A 13
C 2	A 15
C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	184,99
der Besoldungsgruppe R 2	207,07
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1 93,89

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	34,52
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 151,16
R 2	3 bis 8, 10 151,16
R 3	3 151,16
R 8	2 302,27